

# UNABHÄNGIGE Bauernstimme

April 1999 Nummer 211  
K 12858 / 5,00 DM

Eine Zeitung von Bäuerinnen  
und Bauern



Foto: Sven Topler, Montage Isa Wienold

## Agenda 2000

### Beschlüsse und Bewertung

Mit großem Aufwand beschlossen und doch nur eine kleine Reform. Es fehlte der Mut in Brüssel und Bonn, die Weichen für eine wirklich neue und fortschrittliche Reform der EU-Agrarpolitik zu stellen. In der Tendenz bleibt die Fortsetzung der alten Fehler, versehen mit wenigen Luftlöchern, durch die man kaum mal blauen Himmel sieht.

Die Beschlüsse im Überblick auf den **Seiten 11 – 12**, der Kommentar von Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf auf **Seite 2**, eine Einschätzung von Wolfgang Reimer auf den **Seiten 13 – 14** und weitere Stimmen auf den **Seiten 14 – 15**

## Bewegung

### Elbe ohne Nationalpark

Verblüfft hat das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Gegner wie Befürworter des Projektes in der niedersächsischen Elbtalaue. Es urteilte, ein Nationalpark müsse Wildnis sein. Was hat das nun für Konsequenzen für die Elbe, aber auch für andere Nationalparke in Deutschland? Dazu **Seite 3**

### Die WTO und der Süden

Die nächste WTO-Runde steht an, wieder drohen die Länder des Südens hinten runter zu fallen, weil Industriestaaten ihre Handelsinteressen durchsetzen. Ein Diskussionspapier und ein neues Buch auf den **Seiten 16-17**

## Politik

### Ein moderner Kammerdirektor

Der neue Kammerdirektor in Westfalen-Lippe, Dr. Beckmann, hat Visionen und erwartet von Bauern und KammerberaterInnen, die „Fähigkeit und den Willen, ausgetretene Pfade der konventionellen Wachstums-Landwirtschaft zu verlassen und neue Wege zu gehen“. **Seite 7**

### Weitere Themen

Eine Kartoffelstärkefabrik will Bauern ausbieten auf **Seite 8**, Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft des NS-Reichsnährstandes auf **Seite 6**, Genmaisbau in Deutschland auf **Seite 5** sowie zwei österreichische Bäuerinnen aus Stall, Feld und Umfeld auf der **Seite 9**

Die europäischen Regierungschefs und ihre Agrarminister haben entschieden. In der Europäischen Union lautet das Motto „Weiter so“. Das kommt uns bekannt vor und läßt nichts Gutes ahnen. Eine Reform ist das nicht. Zwei Jahre lang wurde intensiv über die europäische Agrarpolitik debattiert, sogar die Öffentlichkeit hat sich erstaunlich differenziert beteiligt. Die AbL hat mit ihren konkreten Vorschlägen diese Diskussion mitbestimmt. Allen war klar: Es muß eine Reform kommen, die nach vorne weist und die gesellschaftlichen Bedürfnisse nach Beschäftigung und Umweltverträglichkeit berücksichtigt.

Die Ausgangslage war so schlecht nicht. Die Brüsseler Kommission hatte 1997 in ihrer Agenda 2000 erste Zeichen gesetzt. Die ungleiche Verteilung der Zahlungen sollte abgebaut werden: Weg davon, daß 4 % der Betriebe 40 % der Prämien beanspruchen – geplant war eine Abstufung. Weg davon, daß die klassischen Grünlandregionen bei den Zahlungen so gut wie leer ausgehen – die Kommission war bereit, die Maisprämie zu streichen und wollte eine Grünlandprämie anbieten. Weg davon, daß Prämien unabhängig von der Umweltwirkung der Produktionsform gezahlt werden – die Bindung an europaweit geltende ökologische Kriterien war angedacht. All das ist in Berlin vom Tisch gefegt worden, die Agrarminister unter Leitung von Minister Funke haben dazu die Vorarbeit geleistet. Zugegeben, die Moderatoren-Position eines Ratspräsidenten ist schwierig, aber das Streichen der positiven Ansätze war nicht alleine ein Zugeständnis an die Mehrheitsverhältnisse, sondern auch vom Ratsvorsitz so angelegt.

Funke war in Brüssel stärkster Widersacher einer gerechteren Verteilung der Prämien und deren Anbindung an den Faktor Arbeit.

## KOMMENTAR

### Der Berg hat gekreist ...

Doch nicht nur die positiven Pflänzchen der Agenda sind vertrocknet. Der Berliner Gipfel hat auch die von der Kommission leise geöffnete Tür zum Ausstieg aus dem Interventionssystem schroff wieder zugeschlagen. Dabei hat das Interventionssystem in der Vergangenheit die Bauern nicht geschützt. Die garantierten Preise für den staatlichen Aufkauf wurden immer gerade so angesetzt, daß die rationalisierten Betriebe damit zu Rande kamen – für die Mehrzahl der Betriebe aber war zu diesen Preisen kein ausreichendes Einkommen möglich. Für die rationalisierten Betriebe ist dieses System ein staatliches Auffangnetz, für klein- und mittelbäuerliche Betriebe sind die Maschen zu groß. Das besonders fatale ist, daß jetzt auch für die Landwirte in den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern das Signal auf Massenproduktion für die Intervention steht, anstatt sie bei der Orientierung auf die regionalen Märkte zu unterstützen. Europa bleibt bei dem Interventionssystem und senkt die Preise weiter – noch mehr Höfe werden sterben. Die Interventionspreissenkung bei Milch wird zwar auf 2005 verschoben, aber die reale Preissenkung am Markt wird kommen, wie in den vergangenen Jahren – ohne Prämien für Milch, dafür aber für Mais. Die Grünland-Regionen zahlen die Zeche. Der Bauernverband ist hoch zufrieden – die Abl ist es nicht.

#### ... und hat eine Maus geboren

Die 2. Säule ist bestätigt worden: eine eigene Strukturlinie zur integrierten Entwicklung des ländlichen Raumes. Hier hat Frankreich noch eine Erhöhung gegenüber dem Mittelansatz der Kommission um 14 Mrd. Euro für 2000 bis 2006 durchgesetzt. Und eine weitere Aufstockung ist möglich durch eine bis zu 20 %ige Staffelung der Prämien auf nationaler Ebene, wobei Arbeit und Umwelteleistungen honoriert werden sollen. Jetzt kommt es auf nationaler Ebene darauf an, mit einer zukunftsweisenden Ausgestaltung der entsprechenden Programme klein- und mittelbäuerlichen Betrieben eine Perspektive zu geben und ihre Anstrengungen, sich an höherpreisigen Märkten zu orientieren, zu unterstützen. Es bleibt spannend.

Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, AbL-Vorsitzender

## Energieintensiv bevorteilt

Ökosteuerbevorzugung für große Energieverbraucher

Das Gezerre um eine Gleichstellung der Landwirtschaft mit dem produzierten Gewerbe in Sachen Ökosteuer hielt bis kurz vor Verabschiedung des Steuerentlastungsgesetzes durch den Bundestag an. Das Ergebnis setzt falsche Zeichen. So gibt es zwar eine Gleichstellung mit dem Gewerbe und damit den auf 20 % ermäßigten Steuersatz, aber erst oberhalb eines Sockelbetrages von jeweils 1.000 DM jährliche Kosten für Strom, Heizöl und Gas. Nach Aussagen des Bauernverbandes liegen über 90 % der Betriebe unterhalb dieser Grenze, zahlen also die vollen Steuerehöhungen der Mineralölsteuer bei Treibstoffen von 6 Pf/l, bei Heizöl von 4 Pf/l sowie bei Gas von 0,32 Pf/l; plus die neue Stromsteuer von 2 Pf/kwh. Nach DBV-Angaben verteuert die Ökosteuer die Produktion in Landwirtschaft und Gartenbau jährlich insgesamt um 350 Mio DM, während die Absenkung der Lohnnebenkosten bzw. die Verringerung der Beiträge zur landwirtschaftlichen Alterskasse Entlastungen von 50 Mio DM bringt.

Anlässlich der Verabschiedung der Ökosteuer erklärte Reinhard Loske, umweltpolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die

Grünen, daß wichtiger als die zunächst bescheidenen Eingriffe der Ökosteuer zur Verteuerung von Energie, ihre Signalwirkung sei. Das Signal für die Landwirtschaft ist die Bevorzugung energieintensiver Großverbraucher. Man wollte den Unterglasgartenbau besser stellen (hier wird die 1.000 DM-Grenze von fast allen überschritten) und hat die Landwirtschaft einfach mitgenommen. Vielleicht wäre eine Trennung zwischen Gartenbau und Landwirtschaft besser gewesen, selbst wenn das bedeutet hätte, der Landwirtschaft überhaupt keine Sonderstellung einzuräumen. Das Problem, solange eine große Mehrheit der Betriebe nicht vom „Mengenrabatt“ profitiert, ist nicht die derzeitige Situation, sondern die damit vollzogene Weichenstellung. Wer sagt denn, daß die Grenze langfristig bei 1.000 DM bleibt? Der Bauernverband hat sich bereits auf das Instrument eingeschossen und fordert die Verminderung der Sockelmenge. Eine Signalwirkung der Ökosteuer zugunsten energieintensiver Großstrukturen in der Landwirtschaft kann eigentlich nicht im Sinne des Erfinders sein. cs

## Arbeit im ländlichen Raum?

Auch für den ländlichen Raum gibt es Bündnisse für Arbeit

Auch Landwirtschaft und ländlicher Raum sind gefragt, zum Abbau der Arbeitslosigkeit, d.h. zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beizutragen. Das sehen allerdings die klassischen Wirtschaftsressorts der Politik nicht immer so. In Nordrhein-Westfalen ist das Landwirtschaftsministerium (MURL) mit dem Vorhaben angetreten, ein eigenständiges „Bündnis für Arbeit im ländlichen Raum“ zu gründen und hat damit den Widerstand aus dem NRW-Wirtschaftsministerium hervorgerufen. Arbeitsplätze seien schließlich Sache des Wirtschaftsministers, wo es ja bereits ein „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ gebe.

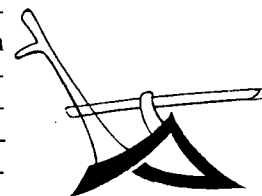
Thomas Griese, Staatssekretär im MURL, ist froh, daß es gegen diesen Widerstand gelungen sei, ein breites Bündnis für Arbeit ins Leben zu rufen. Es müsse deutlich gemacht werden, daß der ländliche Raum auch ein Wirtschaftsraum und kein „Reservatsraum“ sei. Mitte März hat das breite Bündnisses aus vielen Verbänden getagt. Herausgekommen ist zwar zunächst „nur“ eine gemein-

same Erklärung, doch konkrete Aktivitäten sollen folgen. Griese nannte eine Werbe-Offensive für Ausbildungsplätze in Landwirtschaft und Gartenbau sowie eine „Arbeits-Werkstatt“, in der Erfahrungen aus Projekten zur Schaffung von Arbeitsplätzen ausgewertet werden sollen.

Das Bündnis für Arbeit steht auch auf Bundesebene an, wo sich im Februar eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BML) getroffen hat, in der neben dem

BML der Deutsche Bauernverband (DBV) sowie die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) vertreten sind. Auf dem Treffen wurden Arbeitsaufträge vergeben; weitere Treffen sollen folgen.

Der Agrarreferent der IG BAU, Arnd Spahn, hat unterdessen auf einer Tagung von AbL Westfalen und Friedrich-Ebert-Stiftung die Ansicht vertreten, es gebe im Agrarbereich „keine Krise der Arbeit“. Denn die Zahl der in der Landwirtschaft abhängig Beschäftigten sei von 1995 bis 1998 um 8,4 % auf 193.000 gestiegen. uj



# Ein Nationalpark, der keiner ist

In der Elbtalau trifft Wunsch auf Wirklichkeit

Hochwasser herrscht im Moment an der Elbe, ein breiter, bewegter Strom schlägt Wellen und setzt Au-ßendeichflächen unter Wasser. Aber der schon etwas weniger scharf pfeifende Wind und die ersten längeren Sonnentage lassen erahnen, daß es hier – im mittlerweile ehemaligen niedersächsischen Nationalpark Elbtalau – auch anders aussehen kann. Ob sich die Wogen unter den Menschen, die dieses Naturreservat zwischen Lauenburg und Schnackenburg entlang der Landesgrenze zu Mecklenburg-



Vorpommern und Brandenburg seit mehreren Jahren beschäftigt, ähnlich absehbar glätten lassen, ist dagegen noch nicht ausgemacht. Seit das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg Anfang März die vom niedersächsischen Umweltministerium festgeschriebene Nationalpark-Verordnung für nichtig erklärte, da das 10.900 ha große Areal nicht dem im Bundesnaturschutzgesetz definierten Anspruch gerecht werde, in einem „vom Menschen nicht oder wenig beeinflussten Zustand“ zu sein, ist die Stimmung unter Befürwortern und Gegnern des Projekts eher frostiger geworden. Während das Umweltministerium und die Naturschutzverbände auch den Verlust eines wertvollen Vermarktungsarguments und finanzieller Fördermöglichkeiten – auch für die Landwirtschaft in der Region – beklagen, nehmen Bäuerinnen und Bauern als größte Fraktion in den Reihen der Nationalpark-Gegner das Urteil als Ausdruck dafür, daß nicht immer PolitikerInnen und Verwaltung darin erfolgreich sind, Menschen etwas ungewolltes von oben überzustülpen. Einig sind sich die Beteiligten dagegen darin, daß man im Vorfeld nicht durch noch mehr 'miteinander reden' dieses Gerichtsverfahren hätte verhindern können. „Geredet worden ist viel, aber der Nationalpark an sich stand nie zur Debatte“, damit bringt es Andreas Lindemann vom NABU-Landesverband Niedersachsen auf einen entscheidenden Punkt. Eckart Krüger vom BUND vor Ort geht noch

einen Schritt weiter: „Im Nachhinein muß man sich fragen, welchen Sinn hatte die nicht im Ergebnis offene Diskussion?“ Mit dem aus der Unberührtheit des Yellowstone-Nationalpark in den USA stammenden Begriff wird – nicht zu unrecht wie eben auch die Definition im Bundesnaturschutzgesetz deutlich macht – landläufig Wildnis verbunden. Erklärt man ein Gebiet zu einem Nationalpark, das zu mehr als 40 % als Acker- oder Grünland bewirtschaftet wird, ist wenig verwunderlich, daß diese BewirtschafteterInnen befürchten, daß – und sei es nur als langfristi-

ges Ziel – die entsprechenden Flächen aus der Nutzung genommen werden sollen. Die konkrete Nationalpark-Verordnung war in ihren Auflagen für die Landwirtschaft zwar weniger streng als die der dort schon vorhandenen Naturschutzgebiete, damit hätte sich leben lassen. Die Existenzängste dagegen schürte der Begriff des „Entwicklungsnationalpark“ und verbunden damit die in der Verordnung wenig konkreten Aussagen, wie die Entwicklung aussehen sollte. Wieviel Fläche soll sich über was für einen Zeitraum zur 0-Nutzung entwickeln und welche Betriebe sind betroffen? Welche Wege dürfen noch benutzt werden? Was passiert mit Milchquoten, die an Grünland gebunden sind, welches aus der Produktion genommen wird? Wie konkret sieht der Pächterschutz aus, der Bäuerinnen und Bauern unter bestimmten Umständen in der Verordnung gewährt wird? „Viel blieb schwammig, das schafft kein Vertrauen“, beschreibt Wendländer und AbL-Bauer Horst Seide die Gefühlslage.

## Bundesweite Auswirkungen

Das Urteil von der Elbe stellt nicht nur diesen Nationalpark in Frage, schließlich wird höchstwahrscheinlich keiner der anderen 13 deutschen Nationalparke für sich in Anspruch nehmen können, wenig oder gar nicht vom Menschen beeinflusst zu sein. Das Land Niedersachsen versucht derzeit zu retten, was noch zu retten ist,

schließlich läuft auch gegen den Nationalpark Harz ein gerichtliches Verfahren, dem Wattenmeer droht es. Um sie zunächst in eine bessere juristische Ausgangsposition zu bringen, will die SPD im Landtag die Verordnungen dieser beiden dem Land verbliebenen Nationalparke, in eine gesetzliche Grundlage umzuwandeln. Das ändert allerdings nichts an dem im Elbtalau-Prozeß entscheidenden Aspekt der Nationalparkdefinition. Er läßt sich nur durch eine Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes beseitigen. Auch diese versucht Niedersachsen derzeit anzuschieben, aus der Definition: „befindet sich in einem nicht oder wenig beeinflussten Zustand“ soll „wenig beeinflusst oder dahin entwickelbar“ werden.

## Wie weiter?

Auf die Elbtalau wird das sicherlich keinen Einfluß mehr haben, „hier müssen sich jetzt alle erst einmal zu rechtfinden“, so Elvyra Kehbein von der parklosen Nationalparkverwaltung. Ihr und 9 KollegInnen verbleiben noch Naturschutzgebiete auf einem Drittel der ehemaligen Nationalparksfläche zu verwalten, „langfristig müssen Aufgaben formuliert werden.“ Spätestens wenn die letzten Nationalpark-Werbeblätter eingestampft und

Touristen locken als mit einem Nationalpark, vielleicht so viele, wie die Region verkraftet. „Im Zusammenhang mit dem Nationalpark wurde von 2 Mio. Touristen im Jahr geredet, wenn 20 bei uns am

Deich spazieren würden, hätt ich schon das Gefühl, das wär zuviel“, Bäuerin Heidrun Busse vom 'Verein zum Schutz der Kulturlandschaft und des Eigentums im Elbtal' ist skeptisch, ob sich Tourismus und Naturschutz gut vereinbaren lassen.

Besser lassen sich da Ökolandbau und Naturschutz miteinander vereinbaren. Der NABU hatte schon vor der Nationalparkausweisung versucht, Betriebe in der Region zur Umstellung zu motivieren und Vermarktungsmöglichkeiten für Milch und Rindfleisch aufzutun. Es ist auch der Versuch, auf einer anderen Ebene zumindest mit ein paar Bäuerinnen und Bauern in Kontakt zu kommen und „den Konflikt Landwirtschaft und Naturschutz zu entspannen“, so Axel Pölle vom NABU. Zarte Ansätze sind vorhanden, „die Lösung für alle ist das nicht“, so Pölle. Der im Wendland lebende Vizepräsident des niedersächsischen Bauernverbandes Werner Hilse hält nur größer angelegte Vermarktungsaktivitäten für am Markt erfolgreich und sieht die Notwendigkeit, mit allen Beteiligten gemeinsam solche Strukturen zu entwickeln.

„Vertrauen schaffen, auch auf Einzelne zugehen, nicht nur mit den Verbandsfunktionären reden, für Klarheit sorgen“, für Bauer Horst Seide sind

## Im Nationalpark Elbtalau kam vieles zusammen:

- der mit mehr als 40 % hohe Anteil an landwirtschaftlichen Nutzflächen,
- ein hoher Anteil (über 50 %) an Pachtflächen, damit die Unsicherheiten, was bei einem Besitzerwechsel geschieht bzw. wie sich das Land als Verpächter verhält,
- der Gedanke, daß eine durch den Menschen instandgehaltene Bundeswasserstraße mit Buhnen und Deichen von vorn herein nicht gerade der Inbegriff von Wildnis ist,
- eine dünn besiedelte, jahrzehntelang eine in die ehemalige DDR hineinragende, wirtschaftlich schwache, geographische Halbinsel, erprobt im Widerstand gegen Dinge „von oben“ durch Gorleben
- am anderen Ufer eine ebenso dünn besiedelte, wirtschaftlich schwache ehemalige DDR-Sperrzone, kaum erprobt in Auseinandersetzungen mit „oben“ (die ostelbische Gemeinde Amt Neuhaus schloß sich nach der Wende Niedersachsen an)
- Unterschiedlichste Erfahrungen mit bereits z. T. seit Jahren bestehenden Naturschutzgebieten – die negativen dabei haben zu Vertrauensverlusten geführt

die letzten Irritationen darüber, welcher Bauer für welche Fläche nun doch keine Vertragsnaturschutzmittel mehr in Anspruch nehmen kann, verschwunden sind, bleibt die Frage: Was kommt?

Noch vorhanden ist das von der UNESCO anerkannte Biosphärenreservat, dessen Kernzone der Nationalpark war. Damit lassen sich weniger

zunächst die Fronten aufzuweichen. Was dann kommen müßte, umreißt das Landwirtschaftsministerium in Hannover: „Eine kooperative, ergebnisoffene Zusammenarbeit aller Beteiligten unter Einbeziehung von wirtschaftlichen und sozialen Ansprüchen, kennzeichnet modernen Naturschutz.“

## Gen-Abstimmungsverhalten überprüfen

Das Bundesgesundheitsministerium will die Genehmigungspraxis des für die Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen zuständigen Robert-Koch-Instituts (RKI) überprüfen. In den EU-Abstimmungen um solche Zulassungen war Deutschland – vertreten durch das RKI –, auch unter rot-grün, in letzter Zeit aufgrund seines positiven Abstimmungsverhaltens zunehmend in die Isolation geraten. Seit einem Jahr lehnen die meisten EU-Staaten Zulassungsanträge ab. Das RKI dagegen hatte bei seinen Entscheidungen z. B. Antibiotika-Resistenzen nicht als gesundheitlich bedenklich erachtet. Das Gesundheitsministerium will mittlerweile hingegen klar weg von Antibiotika-Resistenzen. Und plötzlich sieht nun mit auch das RKI mögliche Risiken für die menschliche Gesundheit. cs

## Briten gegen „Frankenstein Food“

In England werden gentechnisch veränderte Lebensmittel derzeit „reihenweise aus den Supermärkten geräumt“, nachdem die Stimmung der Verbraucher binnen kurzer Zeit total gekippt ist. Laut FAZ sind die Boulevardzeitungen voll mit Berichten über „Frankenstein Food“, bei Umfragen lehnen mittlerweile 61 % der Konsumenten solche Lebensmittel ab. Gleichzeitig melden die Handelsketten zweistellige Zuwächse im Absatz von Ökoprodukten. Die Wende im Verbraucherverhalten beruht u. a. auf Ergebnissen des schottischen Forschers Pusztai, der nach Fütterungsversuchen mit gentechnisch veränderten Kartoffeln bei Ratten außergewöhnliche Störungen am Immunsystem, an Gehirn, Leber und Niere festgestellt hatte. Die Britische Regierung, die lange offen für Gentechnahrung eintrat, steht unter heftigem Beschuß – von der Tagespresse bis zu Prinz Charles. Ende Februar empfahl eine Vereinigung von kommunalen Verwaltungen den Schulen, an Kinder keine genmodifizierten Lebensmittel auszugeben. Das Landwirtschaftsministerium droht mittlerweile den Restaurants hohe Strafen an, die den Gästen genveränderte Zutaten verschweigen. Bereits im November hatte Greenpeace ein geheimes Dokument des Gentech-Konzerns Monsanto veröffentlicht, in dem der Zusammenbruch des Verbrauchervertrauens (trotz millionenschwerer Werbekampagne) konstatiert wurde. en

## Gegenwind für Monsanto

Aufgrund massiver Proteste von Umweltschutz-, Verbrauchergruppen, Wissenschaftlern und Politikern zog der US-Konzern Monsanto seinen Antrag auf Zulassung von gentechnisch verändertem Soja Saatgut in Brasilien zurück. Druck bekommt der Gen-Multi auch vor der eigenen Haustür, Wissenschaftler der Universität in Madison, Wisconsin kritisieren Montanos Aussagen, der Einsatz von Gensoja erhöhe die Ernten und senke die Kosten der Farmer. Sie hatten in Untersuchungen festgestellt, daß der Ertrag im Schnitt 4-6 % unter konventionellen Ernten liegt und durch das teurere Saatgut und die Roundup-Behandlungen je nach Unkrautdruck u. ä. die Produktionskosten 100-150 \$/ha über denen im konventionellen Sojaanbau liegen. cs

## Schwedische Bauern gegen Gentec

Zum Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen sind in Schweden nur 19 % der Landwirte bereit. Wie der Ernährungsdienst meldet, wollen auch drei Viertel der schwedischen Verbraucher keine Gentec-Produkten essen. en

## 200 ha Hanfanbaufläche gesucht

Das Problem der letzten Jahre, das es keinen größeren Verarbeiter für das Hanfstroh in NRW gab, scheint gelöst zu sein. In Ostwestfalen-Lippe wird eine strohverarbeitende Anlage errichtet. Damit besteht zur Ernte 1999 ein größerer Bedarf an Hanfstroh. Das renommierte Unternehmen steht seit längerem mit dem Hanfverein in Kontakt und nimmt bereits letztjähriges Stroh aus NRW für seine Tests. Insgesamt ist für 1999 und 2000 der Vertragsanbau von je 200 ha geplant. Um den Qualitätsanforderung des Verarbeiters zu entsprechen, ist es geplant, mit einem Lohnunternehmer und einer geeigneten Erntesystem die gesamte Fläche von 200 ha zu beernten. Nachdem 1998 bereits mehr als die Hälfte der Hanfanbauflächen in NRW für die Erzeugung von Saatgut unter Vertrag stand, bedeutet die Möglichkeit einer Strohabnahme für 1999/2000 einen großen Erfolg für die unternehmerischen Innovation in Ostwestfalen und die Arbeit des Hanfvereins. Interessierte Anbauer aus dem Raum Ostwestfalen-Lippe erhalten weitere Informationen im Zentrum für nachwachsende Rohstoffe NRW in der LVA Haus Düsse: ☎ 02945/989-202 (Daike Lohmeyer, Hans-Bernd Hartmann) Fax: 02945/989-133

KURZES AM RANDE

## Widerstand bündeln

Der Konflikt um die Nachbaugebühren spitzt sich zu

In Frankreich weigert sich nach wie vor der Großteil der Betriebe Nachbaugebühren an Pflanzenzüchter zu zahlen. Zu Rechtsstreitigkeiten ist es noch nicht gekommen. Auf Initiative der Züchter sollte sich Frankreich in den Verhandlungen um die Agenda 2000 dafür einsetzen, daß die Getreideprämien nur noch bei der Verwendung von Z-Saatgut gezahlt werden, das wurde aber abgelenkt. „Wir werfen den Züchtern vor, daß sie die Saatgutentwicklung nicht im Interesse der Bauern vorantreiben. Sie rangeln nur noch mit Hilfe der Gentechnik um die Macht auf dem Saatgutmarkt“, sagt Christian Boisgontier vom französischen AbL-Pendant Confédération Paysanne.

In Deutschland unternehmen die Pflanzenzüchter jetzt juristische Schritte, drei Gerichtsverfahren stehen am 21. Mai vor dem Landgericht in Mannheim an.

Bäuerinnen und Bauern, die bisher auf die Schreiben der Saatguttorehand nicht reagiert haben und somit die Post auch gar nicht bekommen haben könnten, sollten sich auf Telefonanrufe gefaßt machen. Ein Bauer wurde nach mehrmaligen vergeblichen Versuchen ihn zu erreichen, von einer Mitarbeiterin der Treuhand am Telefon an seine Auskunftspflicht erinnert.

Es wird also umso wichtiger, als starke Gruppe Widerstand zu leisten. Die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugebühren strebt an, den Austausch mit regionalen Wider-

stands-Bündnissen zu intensivieren. Diese gibt es allerorten, z. B. in Westfalen, im Rheinland und in Hessen. Interessengemeinschaftsmitglied Christian Schulin berichtet von 2 hessischen Bauernverbands-Kreisverbänden, deren Geschäftsführer „die wahnsinnige Wut an der Basis“ unterstützen. Wie viele andere fühlen

sie die Interessen der Bäuerinnen und Bauern von der Bauernverbandsspitze an die Pflanzenzüchter verraten und empfehlen „es drauf ankommen“ zu lassen. Schließlich ist die Teilnahme am Kooperationsverfahren freiwillig, das Gesetz stellt jedem Nachbauer frei, individuell Gebühren-

höhen mit dem Züchter auszuhandeln. Schulin hat als Biobauer auch bei der AGÖL in Sachen Nachbauregelung nachgefragt und eine aus seiner Sicht enttäuschende Antwort bekommen. Das Kooperationsabkommen wird für „rechtlich kaum anfechtbar“ gehalten. Als positiver Aspekt der Nachbaugebühr wird gesehen, daß sie „wahrscheinlich die Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Züchterunternehmen stützen wird, die am ehesten in der Lage und willens sein werden, die Bedürfnisse des Ökologischen Landbaus...aufzugreifen.“ Dazu Schulin: „Die Nachbaugebühr fördert mindestens ebenso die Wettbewerbsfähigkeit der großen Saatgutkonzerne sowie die Gentechnikanwendung auch der oft nur noch vermeintlich unabhängigen Mittelständler.“ cs

Kontaktadresse siehe Seite 23 unten



## AbL-Preis für G. Völkel

Günther Völkel, langjähriger Mitarbeiter im hessischen Landesamt für Regionalentwicklung, Landwirtschaft und Landespflege in Kassel, wurde in diesem Jahr mit dem von der AbL erstmals vergebenen Preis für besonderes Engagement zugunsten der bäuerlichen Landwirtschaft geehrt. Viele Bäuerinnen und Bauern haben Völkel als jemanden kennen- und schätzen gelernt, der immer ein offenes Ohr für ihre Anliegen hat und mit viel Geduld, Kreativität und Humor versucht, bei Problemlösungen zu helfen und Ideen umzusetzen. Nicht nur als Spezialist im ökologischen Kartoffelbau, der auch schon mal seine Freizeit sortierend bei Linda, Nicola & Co. verbringt, hat er sich einen Namen gemacht.



Günther Völkel, aktiv für die bäuerliche Landwirtschaft

In den 70er Jahren initiierte Völkel einen „Ackerbohnen-Verein“, um Bäuerinnen und Bauern einen direkten Zugang zu Fördergeldern der EU zu verschaffen, die vorher ausschließlich an die (verarbeitende) Agrar- und Ernährungsindustrie gezahlt wurden. Den mit 2.500 DM dotierten Preis überreichte der AbL-Vorsitzende F. W. Graefe zu Baringdorf auf der alljährlich stattfindenden Milchtagung von AbL, AG Ländliche Entwicklung der GhKassel und der KLJB. Zuvor hatte Landesamts-Präsident Hardy Vogtmann in seiner Laudatio einen unterhaltsamen Streifzug durch das nicht wenig bewegte Arbeitsleben seines Mitarbeiters unternommen.



## Genmais: Das Risiko tragen die Bauern

Das Geschäft mit dem Saatgut macht Novartis, Probleme bei der Erntevermarktung sind die Sache der Bauern

**W**elch eine Inszenierung: Am 3. März hatte der Saatgut- und Chemiekonzern Novartis auserwählte Agrarjournalisten abends zur Zauber-Cocktailbar HokusPokus in Bad Salzuflen geführt. Am nächsten Morgen trat der Saatgut-multi dann selber als großer Zampano auf. Dr. Paul Herbert Schmitz, Novartis-Seeds Geschäftsführer, verkündete auf der Domäne Biensen in Bad Salzuflen: „Wir kommen in diesem Jahr mit fünf Bt-Genmaishybriden auf den deutschen Markt.“ Der Vertrieb des Saatgutes soll laut Novartis über den Landhandel erfolgen, die Standorte und beteiligten Genmaisbauern jedoch geheim bleiben. Gentech-Kritiker wie Greenpeace drängen darauf, daß die Namen der Anbauer veröffentlicht werden, damit sich Nachbarlandwirte und Mühlen vor Kontaminationen schützen können.

In alle fünf Genmaissorten wurde das giftproduzierende Gen des *Bacillus thuringiensis* (Bt) zur Bekämpfung des Maiszünslers eingebaut. Zusätzlich enthalten die Sorten ein Gen, das eine Resistenz gegen das Antibiotikum Ampicillin bewirkt. Kritiker befürchten, daß hierdurch indirekt Antibiotikaresistenzen beim Menschen entstehen können. Pro Sorte darf Novartis in diesem Jahr 10 Tonnen Saatgut ausreichend für ca. 1.800 ha Anbaufläche verkaufen. Doch der Konzern rechnet damit, nur etwa die Hälfte des Gensaatgutes absetzen zu können. Dieser

Pessimismus ist begründet:

Bereits 1998 hatte der Genkonzern vor allem in Baden-Württemberg, Bayern und Hessen heimlich Genmais an Landwirte verteilt. Nachdem bekannt wurde, daß Pollen von Genmaiskulturen benachbarte Äcker kontaminiert hatte, entwickelte sich eine eher ablehnende Stimmung unter den Landwirten. Novartis empfiehlt inzwischen eine sechsstufige Mantelsaat mit konventionellem Mais. Daß diese Maßnahme ausreichend ist, wird von Kennern bestritten.

Genmais-Saatgut ist pro Hektar etwa 90 DM teurer als konventionelles. Es bietet – so Novartis – in Regionen, in denen der Maiszünsler starke Schäden verursacht, gegenüber herkömmlichen Insektizidwendungen wirtschaftliche Vorteile. Doch mußte der Genmulti inzwischen zugeben, daß diese Rechnung oft nicht aufgeht. So soll in Bayern – normalerweise eine Zünsler-Region – im vergangenen Jahr fast kein Befall aufgetreten sein. Da sind 90 DM Mehrkosten für Genmais 90 DM Verlust.

Gentechnisch veränderter Körnermais ist in Deutschland nahezu unverkäuflich. Getreidemühlen und Landhandel haben daher Landwirten mit enormen Schadensersatzansprüchen gedroht, falls Genmais heimlich angeliefert wird. Durch verunreinigte Ware ist badischen Mühlen im vergangenen Jahr bereits ein enormer Schaden entstanden. Abnehmer aus der

Lebensmittelbranche haben Verträge mit ihnen gekündigt und kaufen verstärkt im Ausland. Um so unverfrorener ist die Haltung von Novartis, bei Ernte-Absatzschwierigkeiten keine Verantwortung zu übernehmen. Firmensprecher ließen verlauten: die Landwirte sollten sich gefälligst vorher überlegen, welches Risiko sie beim Bezug von Genmais eingehen. Novartis werde im Ernstfall die Ernte jedenfalls nicht aufkaufen. Die neueste Empfehlung lautet, den Genmais innerbetrieblich zu verfüttern. Doch auch die Rechnung scheint nicht immer aufzugehen. So forderte die Breisgau-Milch (rund 200 Mio kg Milch) in Freiburg ihre Landwirte auf, weder Genmais anzubauen noch zu verfüttern. Und weitere Molkeereien scheinen dem Beispiel zu folgen. Das Risiko beim Genmais tragen also ganz allein die Bauern.

Umweltorganisationen haben bereits tatkräftigen Widerstand angekündigt. So sollen in diesem Sommer verstärkt Analysen verdächtiger Maisfelder erfolgen, Genmaiskulturen öffentlich gemacht und verkaufter Genmais eingefärbt werden. Außerdem gibt es Überlegungen, Novartis und Genmaisbauern wegen vorsätzlicher sittenwidriger Schädigung anzuklagen. Bleibt zu hoffen, daß sich nur wenige Landwirte finden lassen, die sich auf das gefährliche Spielchen mit Novartis einlassen. os

### Bt vor Gericht

Die internationale Vereinigung der Anbauverbände des Ökologischen Landbaus (IFOAM) hat gemeinsam mit Greenpeace und US-Verbraucherorganisationen ein Gerichtsverfahren gegen die US-amerikanische Umweltschutzbehörde (EPA) eingeleitet. Der Grund ist die EPA-Zulassung von gentechnisch veränderten Pflanzen, die aufgrund dieser Veränderung das natürliche Insektengift des *Bacillus thuringiensis* (Bt) produzieren. Die Kläger fürchten gravierende Eingriffe in die Umwelt, da es bei einem großflächigen Einsatz von Bt-Pflanzen sehr wahrscheinlich bald zu Resistenzbildungen gegen das Gift bei Schadinsekten kommt. Damit würden auch die Bäuerinnen und Bauern geschädigt, die den Einsatz der gentechnisch veränderten Pflanzen ablehnen, aber Bt-Präparate als natürliches Insektenbekämpfungsmittel einsetzen. Besonders in ökologisch wirtschaftenden Betrieben spielen sie in bestimmten Kulturen eine nicht unerhebliche Rolle. Mit einem Gerichtsverfahren erhoffen die Kläger, ein Moratorium für die Zulassung von Bt-Pflanzen zu erreichen.

## Energie aus Biogas

**W**as kann ich im Energiebereich tun? – Diese Frage war die Motivation, die Anfang März über 200 Interessierte zur Biogastagung ins Zentrum für nachwachsende Rohstoffe NRW in der LVA Haus Düsse (Kreis Soest) führte. Eingeladen hatte das Zentrum in Kooperation mit der Landesinitiative Zukunftsenergien NRW, der Energieagentur NRW und dem Fachverband Biogas.

Zwei Rahmenbedingungen sind aus Veranstalter-sicht Ursache für das große Interesse am Thema Biogas:

- Der beschlossene Ausstieg aus der Atomenergie und die Diskussion um die Verteuerung fossiler Energieträger im Rahmen der Ökosteuer.

- Schlechte Preise auf fast allen landwirtschaftlichen Produktmärkten und damit die Suche nach alternativen Möglichkeiten der Erzeugung und Verwertung von betrieblichen Produkten.

Energie aus Biogas beruht im Rahmen der landwirtschaftlichen Erzeugung auf dem

Prozeß, Gülle, Stroh, Futterreste, Grün-gut oder Stilllegungskulturen mit Hilfe von Bakterien zu vergären. Das durch die bakterielle Zersetzung erzeugte Gas kann über ein Blockheizkraftwerk (BHKW) in Strom und Wärme umgewandelt werden. Durch die Zugabe von organischen Ab-fällen (sog. Kofermenten), z. B. Fette von Schlachthöfen, Abfälle aus der Lebens-mittelindustrie, läßt sich die Gasausbeute gegenüber reiner Gülle deutlich erhöhen. Dieser erhöhten Gasausbeute und in der Höhe stark schwankende Entsorgungsentgelte für die Abfälle stehen den erhöhten Kosten bei der Genehmigung, Speicherung, Hygienisierung, Lagerung und Ausbringung von Kofermenten gegen-über. Zur Zeit existieren etwa 500 Biogas-anlagen in Deutschland (vorwiegend in Süddeutschland). Laut Michael Köttner, Geschäftsführer vom Fachverband Bio-gas, ließe sich diese Zahl auf 200.000 An-lagen auf der Basis von organischen Ab-fällen aus der Landwirtschaft steigern.

Fazit der Tagung: Trotz der gesellschaftlich geführten Diskussion um die Wende in der Energiewirtschaft gibt es zur Zeit zahlreiche Hemmnisse, die die Entscheidung für eine Biogasanlage erschweren. Eine Reihe von Anlagen hat aufgrund derzeitiger Rahmenbedingungen wirtschaftliche Schwierigkeiten. Viele Aspekte der Biogasgewinnung sind zur Zeit noch nicht ausreichend wissenschaftlich untersucht. Man befindet sich in Norddeutschland noch am Anfang einer Entwicklung, die speziell unter dem Gesichtspunkt nachhaltiges Wirtschaften neue betriebliche und gesellschaftliche Perspektiven eröffnet. hbb

Infos: Zentrum für nachwachsende Rohstoffe, Hans-Bernd Hartmann, ☎ 02945/989195



## Agrar-Brief an Joschka Fischer

Außenminister Joschka Fischer ist von der nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (Bü. 90/Grüne) in einem Brief aufgefordert worden, sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, daß die EU in die anstehende Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation (WTO) mit der Forderung nach sozialen und ökologischen Mindeststandards eintritt. Das WTO-Verhandlungsmandat der EU müsse das Ziel enthalten, „geeignete ökologische und politische Rahmenbedingungen im Weltmarkt“ durchzusetzen, um „weltweit ökologisches und soziales Dumping auszuschließen“. Solche Rahmenbedingungen brauche auch die westeuropäische Landwirtschaft für eine Entwicklung, die auf Nachhaltigkeit ausgerichtet ist. Ebenso sei ein Mindestaufenschutz für die EU-Landwirtschaft notwendig. Darüber hinaus müßten die WTO-Regeln nationale Gestaltungsspielräume für über den Mindeststandards liegende „vorsorgeorientierte, höhere Verbraucherschutzstandards“ einräumen. Unterzeichnet wurde der Brief auch von Ulrike Höfken (MdB, Agrarpol. Sprecherin), F. W. Graefe zu Baringdorf, Johann Schammann (MdB Bayern, Agrarpol. Sprecher) und Siegfried Martsch (MdB NRW, Agrarpol. Sprecher). uj



## Graefe auf Platz 2 der Grünen-Liste

Auf Platz 2 und damit auf den „ersten Männerplatz“ der Europawahl-Liste von Bündnis 90/Die Grünen hat der Parteitag in Erfurt am 5. März den AbL-Bundesvorsitzenden und Europaabgeordneten Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf gewählt. Wolfgang Reimer, der kurzfristig ebenfalls seine Kandidatur für diesen Listenplatz angemeldet hatte, zog sie nach einem enttäuschenden Ergebnis im ersten Wahlgang zurück. Als zweiter Agrarier wurde auf Platz 12 der Thüringer Agrar- und Umweltpol. Frank Augsten gewählt. Die Europawahl ist am 13. Juni. uj

## Handelshürden im Öko-Pelz?

Um die Einführung von Umweltschutz- und sozialen Mindeststandards ist es auf einem Symposium der WTO in Genf am 17. März zu einem offenen Streit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern gekommen. Während sich Vertreter vor allem der EU und der USA für ökologische Mindeststandards oder die Einführung von Öko-Labels aussprachen, lehnten Vertreter ärmerer Länder dies ab, weil die Industrieländern damit nur neue Handelshürden aufbauen wollten. Statt dessen bräuchten die südlichen Länder für ihre ökonomische Entwicklung aber dringend einen erleichterten Zugang zu den Märkten des Nordens. pm

## In Hessen wird Dietzel Minister

Die CDU/FDP-Koalition in Hessen lagert den Bereich Landwirtschaft aus dem Innenministerium wieder aus und legt ihn mit dem Umweltbereich zusammen. Neuer Hessischer Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten wird Wilhelm Dietzel, bisheriger CDU-Landtagsabgeordneter und Vizepräsident des Hessischen Bauernverbandes. Auch die untergeordnete Agrarverwaltung wird reformiert. Das Landesamt für Regionalentwicklung und Landwirtschaft wird aufgelöst, die Aufgaben werden dem Ministerium bzw. Regierungspräsidien übertragen. Die regionalen Landwirtschaftsämter sollen ihre Selbständigkeit verlieren und den Landräten unterstellt werden. Dazu sagte der bisherige Präsident des Landesamtes, Hardy Vogtmann, die „Zerschlagung der Verwaltung“ erschwere das landeseinheitliche Handeln für eine Politik der ländlichen Räume. Die Enttäuschung seiner MitarbeiterInnen sei groß. Vogtmann hofft noch auf eine konstruktive Diskussion mit seinem neuen Chef. Der Koalitionsvertrag sieht als einen Schwerpunkt vor, die Landesmittel für die Investitionsförderung soweit bereitzustellen, daß sämtliche für Hessen zur Verfügung stehenden Bundesmittel abgerufen werden können. uj

# Historische Verantwortung übernehmen

In der Landwirtschaft beschäftigte NS-ZwangsarbeiterInnen kommen in der Entschädigungsdebatte kaum vor.

Die finanzielle Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen in Deutschland während des Dritten Reiches wird derzeit vielfach diskutiert. Kaum eine Rolle in der Debatte spielt, daß ein großer Teil der west- und osteuropäischen Kriegsgefangenen und Zivilarbeitskräfte nicht in Industrieunternehmen beschäftigt waren, sondern in der Landwirtschaft. Wie kommt es zu dieser Ausklammerung?

Bei zumindest einigen von z. Z. 17 Unternehmen der deutschen Wirtschaft, die einen Entschädigungs-Fonds einrichten wollen, sind wirtschaftsstrategische Motive im Hinblick auf den Einfluß ehemaliger ZwangsarbeiterInnen und jüdischer Organisationen in den USA mit ein Beweggrund für den offensiven Umgang mit dem Thema.

Außerdem wird die Situation, in der sich FremdarbeiterInnen auf deutschen Höfen in der NS-Zeit befanden, in der Öffentlichkeit anders betrachtet bzw. war tatsächlich oftmals anders, als die, der IndustriearbeiterInnen. Das Industriemotiv: Ausbeutung billiger Arbeitskräfte tritt vielfach zurück hinter dem, daß die Aufrechterhaltung der Lebensmittelversorgung gewährleistet werden und irgendwie der Hof erhalten werden sollte. Bereits vor Kriegsbeginn herrschte auf dem Land ein erheblicher Arbeitskräftemangel und wurden ausländische ArbeiterInnen beschäftigt.

## Fast alles verboten

Dennoch darf nicht übersehen werden, daß Kriegsgefangene und – spätestens nach Kriegsbeginn – viele der osteuropäischen und russischen Zivilarbeitskräfte zwangsverpflichtet und – besonders Polen und Russen – menschenverachtenden Regelungen und Verboten des Regimes unterworfen wurden. Da der Bauernstand durch die Blut-und-Boden-Mystik im rassistischen NS-Gedankengut glorifiziert wurde, galten Lebens- und Arbeitsgemeinschaften mit allem „fremdvölkischen“ als besondere Bedrohung für den „arischen Blutadel.“ Sie ließen sich aber gerade in der Landwirtschaft besonders schlecht verhindern. War eigentlich vorgeschrieben, FremdarbeiterInnen nach unterschiedlichen Nationalitäten getrennt unterzubringen und zu verpflegen, auf Schritt und Tritt zu beaufsichtigen und nachts einzusperren, so unterblieb dies oftmals weniger aus Unrechtsempfinden, als aus pragmatischen Gründen wie die Arbeitsüberlastung der – häufig

als einzige deutsche auf dem Hof verbliebenen – Bäuerin. Diese „häuslichen“ Verstöße ließen sich relativ schwierig nachweisen und ahnden. Rigoroser setzten die NS-Gesetzhüter dagegen, unter Mitwirkung zur Überwachung verpflichteter Parteigenossen in den Dörfern, die Umgangs- und Zugangsverbote im öffentlichen Raum und die Stigmatisierung der Polen und OstarbeiterInnen durch Kleidungsaufnäher durch. Zur Abschreckung wurden Konsequenzen der Verstöße meist auch über Zeitungen öffentlich gemacht, so erhielt z. B. ein 60jähriger deutscher Mann eine 5 monatige Haftstrafe, weil er Arbeitern öffentlich Butterbrote abgegeben hatte.

## Arbeitslager + Heime

Widerspenstige ZwangsarbeiterInnen wurden zeitweilig in spezielle Arbeitslager gesteckt, um sie gefügig zu machen. Ende 1942 wurde die Trennung neugeborener Zwangsarbeiter-Kinder von ihren Müttern und deren Unterbringung in speziellen Heimen eingeführt. Viele der Kinder wurden dort völlig vernachlässigt und starben. 80 % Zwangsarbeiterinnen, die während dieser Zeit in Deutschland ein Kind zur Welt brachten, arbeiteten in der Landwirtschaft, z. T. standen die Heime für diese Kinder unter der Aufsicht der Kreisbauernschaften.

Aufgrund der rassefanatischen NS-Ideologien war das schwerste Vergehen eine sexuelle Beziehung zwischen ausländischen Männern – besonders aus den am geringsten geschätzten östlichen Ländern – und deutschen Frauen. Weit über 1.000 Verhältnisse von Bäuerinnen zu Zwangsarbeitern flogen allein in Niedersachsen auf. Als Konsequenz wurde die Frau häufig zunächst öffentlich erniedrigt und ihr der Kopf kahlgeschoren, bevor sie für mehrere Monate ins KZ oder Zuchthaus mußte. Der Mann wurde, unter den Augen der aus den umliegenden Dörfern herbeigeholten ZwangsarbeiterInnen, erhängt.

Über 2 Mio. ZwangsarbeiterInnen gab es in der Landwirtschaft des Reichsnährstandes, „von einer Entschädigung für diesen Personenkreis war bisher schon deshalb nie die Rede, weil sie aus öffentlichen Mitteln kommen müßte“, schreibt die Wochenzeitung 'Die Zeit'. Georg Janßen, AbL-Bundesgeschäftsführer, sieht die Verpflichtung Verantwortung zu übernehmen auch auf bäuerlicher Seite. Der Bauernverband plant bisher keine Beteiligung am Entschädigungs-Fonds. cs

Wir dokumentieren hier Auszüge aus dem Vortrag, den Dr. Beckmann auf der Tagung von AbL Westfalen und Friedrich-Ebert-Stiftung Bergneustadt am 28.02.1999 in Bergkamen gehalten hat.

### Rahmenbedingungen

Die Rahmenbedingungen für landwirtschaftliche Unternehmen werden sich im kommenden Jahrzehnt weiter deutlich verändern.

#### Mehr Markt

Die landwirtschaftliche Produktion in (...) NRW wird stärker in die Weltmarktbezug einbezogen. Diese stärkere Marktorientierung steht für Getreide, Rindfleisch, Milch und ggf. auch für Zucker auf der Tagesordnung. Auf den Märkten für Schweinefleisch, Geflügelprodukte, Obst und Gemüse gehört sie bereits zum Alltag.

#### Stärkere Preisschwankungen

Mit der zunehmend globalen Marktöffnung geht jedoch eine größere Un-

■ ■  
**Wenn meine Vision der Tausender Sauenbetrieb wäre, dann hätten wir in Westfalen-Lippe noch 400 Betriebe, das wäre dann die Nischenproduktion.**

Dr. Beckmann in der Diskussion

berechenbarkeit einher: globale Wirtschaftskrisen, politische Instabilitäten, Naturkatastrophen und Kriege können zu bisher nicht gekannten Marktstörungen führen. Derzeit erfahren die Schweinebauern leidvoll, was es bedeutet, wenn Exportmärkte wegbrechen.

#### Mehr Umwelt- und Kulturlandschaftszahlungen

Die steigende Nachfrage nach öffentlichen Gütern im ländlichen Raum wird zur Einführung neuer Agrarumweltprogramme führen. Die Teilnahme an Agrarumweltprogrammen wird zu einer wichtigen Einnahmequelle für solche Landwirte werden, die auf den zunehmend liberalisierten und globalisierten Agrarmärkten nicht wettbewerbsfähig sind.

#### Konzentration in allen Wirtschaftsbereichen

Der europa- und weltweite Trend der Konzentration im Handel und in der Verarbeitungswirtschaft wird rasant fortschreiten. Handelsorganisationen werden über den Weg der vertraglichen Einforderung von Qualitätsmaß-

## Visionen zur Zukunft

Der neue Direktor der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe, Dr. Gerhard Beckmann, sieht für die Zukunft nicht mehr nur einen Weg, für die Betriebe, sondern verschiedene. Die Gewichtung zwischen diesen Wegen verschiebt sich: „Nischen“ wachsen, und je größer Wachstumsbetriebe werden, umso mehr werden sie selbst zu einer Nische

gaben die gesamte Wertschöpfungskette steuern. Die Landwirtschaft wird sehr viel stärker in den vor- und nachgelagerten Bereich integriert sein und damit ein Stück ihrer Selbständigkeit verlieren.

#### Neue Technologien

Der Gentechnik-Einsatz wird den technischen Fortschritt in der Tier- und Pflanzenproduktion beschleunigen. Die gesellschaftliche Akzeptanz dieser Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts wird die Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirtschaft auf den internationalen Märkten bestimmen. (...)

#### Neue Märkte

Neben der starken Orientierung auf die hart umkämpften internationalen Märkte lassen sich verstärkt kleinräumige Märkte entwickeln und mit Spezialitäten und regionalen Besonderheiten bedienen. Dabei geht es dann weniger um Kostenführerschaft, sondern um pfiffige Ideen, individuellen Produkte und einen hohen kundenorientierten Dienstleistungsanteil.

#### Zukunftsszenario

##### 1. Spezialisierte Wachstumsbetriebe

Es wird ein Wachstum hin zu größeren Bewirtschaftungs- und Managementeinheiten erfolgen. Sie produzieren hochspezialisiert für verschiedenste Abnehmer nach vorgegebenen Produktions- und Qualitätsnormen, zunehmend im Vertrag.

Durch den globalen Wettbewerb werden die Gewinnmargen für die Betriebe weiter sinken. Starker Kostendruck wird konsequent ein Ringen um Kostenführerschaft auslösen. In dieser Folge wird der Rationalisierungsdruck zunehmen und eine Ausschöpfung der Potentiale bewirken.

Besonders deutlich wird diese Entwicklung beim Arbeitseinsatz werden. Hier zeichnet sich – gemessen am heutigen Niveau – in den kommenden 10 Jahren eine Halbierung des Arbeitseinsatzes bezogen auf die Output-Einheit ab. (...)

##### 2. Am Endabnehmermarkt direkt agierende Unternehmen

Hierzu zählen landwirtschaftliche Unternehmen, die sich selbst dem Markt stellen und nahe am Markt Spezialprodukte anbieten. Mit 18,5 Millionen Verbrauchern in NRW haben wir den

Markt vor der Tür!

Teilweise müssen die UnternehmerInnen die Märkte für ihre Spezialprodukte selbst entwickeln, z.B. in der Direktvermarktung. Nebennutzen der Produktion, wie Landschaftspflege oder ökologische Sonderleistungen, werden gezielt zur Auszeichnung der eigenen Produkte eingesetzt. Vorstellbar ist, daß die Erzeugung regionaler Qualitätsprodukte, die nicht international gehandelt werden, aus einem Agrarumweltfond staatlich gefördert werden. Diese UnternehmerInnen bieten auch im paralandwirtschaftlichen Segment (Agrotourismus, Gästeverpflegung, Schulungen etc.) Leistungen an. Vermarktungsk Kooperationen (horizontale und vertikale Kooperationen) werden an Bedeutung gewinnen.

##### 3. Einkommensstarke Hobbybetriebe

Das Einkommen wird außerhalb der Landwirtschaft erarbeitet. Ansehnliche Flächen werden jedoch aus Interesse an der Landbewirtschaftung und evtl. an der Tierhaltung in der Freizeit als Ausgleich bewirtschaftet. (...)

##### 4. Auslaufbetriebe

Es werden weiterhin Familien die Landbewirtschaftung aufgeben. Im Wesentlichen dürfte sich dieser Anpassungsprozess jedoch im Generationswechsel vollziehen, jedenfalls dann, wenn man die möglichen Konsequenzen für den Betrieb vorausschauend bewertet und ggf. die nächste Generation rechtzeitig auf ein anderes Erwerbsleben vorbereitet. Die Verantwortung für die Kinder liegt letztlich bei den Eltern und nicht bei den (Agrar-)Politikern oder der Landwirtschaftskammer. (...)

##### 5. Betriebe mit vernetzter regionaler Produkt- (Projekt-)Organisation

Die Landwirtschaft als Nahrungsmittel-

produzentin wird volkswirtschaftlich zu einer untergeordneten Branche und hat Mühe, noch wahrgenommen zu werden. (...) Andererseits wird auch klarer, daß die Nebennutzen in Form von dezentraler Besiedlung, Kulturlandschaftspflege, Erholungsraum und kultureller Vielfalt verstärkt wahrgenommen werden. Im Zuge der Diskussionen zur Umsetzung der Agenda 21 kann sich dieser Nebennutzen der Landwirtschaft zum Hauptnutzen in einigen Regionen und Gemeinden entwickeln.

Die Öffentlichkeit kann sich neu für Landwirtschaft interessieren. Daraus entstehen regionale Projekt- und Produktorganisationen, die neben der Landwirtschaft das regionale Gewerbe und den Tourismus zu ihren Trägern zählen.

#### Fazit

Es wird eine wesentliche differenziertere Landwirtschaft und Landbewirtschaftung geben. Es wird einerseits weniger und größeren Betriebe geben, die hauptberuflich mit herkömmlicher Standardproduktion und Vermarktung und Orientierung am Weltmarkt ihr Geld verdienen. Neben diesen spezialisierten Produktionsbetrieben mit entsprechenden Kapazitäten (LF, Vieh) gibt es Betriebe, die ihre Produktion mit Dienstleistungsangeboten wie Pensionspferdehaltung, Direktvermarktung, Bauernhofpension, Partyservice etc. koppeln. Verschiedene Formen von Kooperationen in Produktion und Vermarktung, z.B. Regionalvermarktung durch Erzeugergemeinschaften, auf Marktnischen spezialisierte Erzeuger, Sonderkulturbetriebe, ökologische Landwirtschaft, Landwirte als Landschaftspfleger, als Lohnunternehmer, als Vermieter von Wohnungen und Wirtschaftsgebäuden und vieles mehr werden die Struktur der Land(wirt)schaft in Zukunft prägen.

Grundlegende Voraussetzung dafür ist ein **mentaler Strukturwandel**, d.h. die Entwicklung der Fähigkeit und des Willens, ausgetretene Pfade der konventionellen Wachstums-Landwirtschaft zu verlassen und neue Wege zu gehen. (...)



## Weihenstephan soll verkauft werden

Die Bayerische Landesregierung will die Staatliche Molkerei Weihenstephan AG privatisieren. Die Molkerei mit der sogenannten Blauen Linie als Hauptmarke soll nach den Wünschen des zuständigen bayerischen Finanzministeriums nicht einfach an den Meistbietenden verkauft werden, sondern nach Möglichkeit so, daß damit der Strukturwandel in der bayerischen Molkereilandschaft forciert wird, um den Anschluß an Norddeutschland mit den wachsenden Unternehmen nicht zu verlieren. Intensive Gespräche gebe es derzeit mit den Zentralgenossenschaften Bayerische Milchindustrie eG und Bayernland eG, meldet die Lebensmittelzeitung, obwohl es sicher potentere Interessenten gibt. pm

## Hamelner Biomilch auch zur Humana

Die außerordentliche Generalversammlung der Molkereigenossenschaft Extertal-Hamel (NRW/Niedersachsen) hat beschlossen, das zuletzt nur mit einer Auslastung von unter 15 % betriebene Werk in Hameln Ende März zu schließen. Das soll die Fusion mit der Humana Milchunion, Everswinkel/Herford, zum 1.1.2000 vorbereiten. Die ca. 5 Mio. kg Biomilch, die bisher in Hameln verarbeitet wurden, werden nun im Käsewerk Extertal zu Käse verarbeitet, der über der zu Humana gehörenden Euro-Cheese vermarktet werden soll. Überschüssige Biomilch soll laut Lebensmittelzeitung im Humana-Werk Herford zu Bio-Milchpulver verarbeitet werden. Die bisherigen Abnehmer der Hamelner Biomilchprodukte Elkershausen und Terra haben unterdessen mit der Molkerei in Wernigerode eine eigene Bio-Trinkmilch-Marke herausgebracht. Die Biomilch kommt von zwei ostdeutschen Agrarbetrieben (zusammen ca. 1,4 Mio. kg Biomilch). uj

## Schweinehygiene-VO jetzt beim Bundesrat

Das Bundeslandwirtschaftsministerium hat den Entwurf für eine Schweinehygiene-Verordnung dem Bundesrat zur Zustimmung zugeleitet. Der Entwurf sieht vor, alle Schweinehalter zur Einhaltung bestimmter, regelmäßig durch einen Tierarzt freier Wahl zu kontrollierender Hygienemaßnahmen zu verpflichten. Betriebe mit Kleinstbeständen von bis zu 20 Schweinen müssen nur geringe Maßnahmen ergreifen. Für Betriebe mit 20 bis 700 Mast- bzw. Aufzuchtplätzen oder mit 20 – 150 Sauen gelten strengere Regeln (u.a.: Umkleideraum, abschließbarer Lagerraum oder Behälter für verendete Schweine). Für noch größere Betriebe gelten weitergehende Vorschriften. pm

KURZES AM RANDE

## Neu: Alpen-Biomilch-Verbund

Einen „Alpen-Biomilch-Verbund“ haben Vertreter von Biomilch-Erzeugern aus den Alpen- und Voralpen-Ländern Österreich, Bayern und Baden-Württemberg am 5. März auf dem ersten Alpen-Biomilch-Gipfel gegründet. Der Verbund soll die Interessen der Milchbetriebe von Bioland in Bayern und Baden-Württemberg sowie vom österreichischen Verband „Ernte für das Leben“ vertreten. Die Zusammenarbeit der Biomilchlieferanten im Rahmen des neuen Verbundes soll dazu führen, daß ein einheitliches Milchpreisniveau durchgesetzt werden kann und nicht einzelne Liefergemeinschaften durch Preisdumping den Markt durcheinander bringen. Die Alpen- und Voralpenregion hat sich in den letzten Jahren zum Hauptlieferant von Biomilch-Produkten in Europa entwickelt. 420 Mio. kg Biomilch werden in dieser Region jährlich erzeugt, in der aufgrund der hohen Niederschläge und des

rauen Bergklimas die Grünlandwirtschaft mit Milcherzeugung dominiert. Die neue Zusammenarbeit will auch auf die Verbraucher zugehen. „Wir müssen dem Verbraucher deutlich machen, daß die Entwicklung der Naturlandschaft in unserer Region in hohem Maße von der Art der Landbewirtschaftung abhängt“, so Andreas Hopf von Bioland Baden-Württemberg. So könnten die Verbraucher durch den Kauf der höherpreisigen Bio-Milchprodukte die biologische Landwirtschaft und damit die Ökologisierung der Alpenregion unterstützen. Für die Biomilch sei ein Biozuschlag von mindestens 12 Pf/Liter nötig, weil die Bauern auf chemisch-synthetische Düngemittel und Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmitteln verzichteten und ihre Tiere artgerecht mit Auslauf oder Weidegang im Sommer hielten, so der Alpen-Biomilch-Verbund. pm

## Metro spielt mit Lieferanten

Das Kartellamt schreitet ein, doch Metro trickst schneller

Nach der Übernahme der Allkauf-Gruppe durch die Metro AG, Köln, hat die Metro schnell entdeckt, daß einige Lieferanten, die sowohl Metro als auch

Situation sei zumindest bei der Hälfte der 40 Lieferanten gegeben, bei denen das Bundeskartellamt ermittelt hatte.

Allkauf belieferten, bestimmte Artikel an Allkauf billiger verkauft haben als an die Metro. Die Metro ärgerte sich nicht lange darüber, sondern handelte. Sie verlangte von diesen Lieferanten die Angleichung der für sie geltenden Preise bzw. Vertragsbedingungen an die Allkauf-Konditionen, und zwar rückwirkend für das halbe Jahr zwischen Unterzeichnung und Genehmigung der Übernahme. Die Zustimmung der Lieferanten vorausgesetzt, hat

Als kleine oder mittlere Unternehmen stuft das Kartellamt Lieferanten mit einem Jahresumsatz von weniger als 500 Mio. DM ein. Eine Abhängigkeit von einem Unternehmen wird angenommen, soweit ein Lieferant mehr als 7,5 % seines Umsatzes mit dem Partner abwickelt. Auslöser des Verfahrens waren Beschwerden von – mutigen – Lieferanten, die sich diesmal ein Herz gefast zu haben scheinen, denn in der Regel werden derartige Geschäftspraktiken eben aus Gründen der starken Abhängigkeit stillschweigend hingenommen. Hier aber haben sich mehrere gleichzeitig betroffene Unternehmen scheinbar abgesprochen und das Kartellamt eingeschaltet.

die Metro schlicht die Rechnungsbeträge um den geforderten Ausgleich gekürzt. Das Bundeskartellamt hat diese Praxis und das dahinter stehende Ansinnen der Metro nun untersagt. Zur Begründung führte das Kartellamt an, Unternehmen dürften ihre Marktstellung nicht dazu ausnutzen, bei kleinen und mittleren Unternehmen ohne sachlich gerechtfertigten Grund Vorzugskonditionen durchzusetzen, soweit diese Unternehmen so sehr abhängig sind, daß keine zumutbaren Ausweichmöglichkeiten bestehen. Diese

Auf die Kartellamts-Entscheidung hin hat die Metro allerdings den Spieß umgedreht und angekündigt, einfach die Einkaufsmengen bei den betroffenen Lieferanten unter die vom Kartellamt genannte Abhängigkeits-Marge von 7,5 % zu drücken. Damit würde die Entscheidung hinfällig, so die Metro-Argumentation. Außerdem hat die Metro angekündigt, Beschwerde gegen die Kartellamts-Verfügung einzulegen und das Verfahren auf Rückerstattung der einbehaltenen Gelder in die Länge zu ziehen – in der Gewißheit, den längeren Atem zu haben. uj



### Grazien

In der Februar-Ausgabe (S. 8) fragten wir nach dem Erscheinungsdatum einer Sondermarke von der 6. Landwirtschaftsausstellung der DDR. Der passionierte Sammler Willi Doehmann hat als erster geantwortet: Die Marke erschien am 4. Juni 1958. Wir erhöhen den Schwierigkeitsgrad und bringen nun zwei Grazien.



## Bei EGO keiner unter 1000 Schweinen

Die Erzeugergemeinschaft für Schlachtvieh im Raum Osnabrück eG (EGO) nimmt keine Betriebe mehr auf, die weniger als 50 Sauen bzw. weniger als 1.000 Mastschweine haben. Das meldet die Landjugendzeitung „Moment Mal“. EGO betreibt eigene Schlachthöfe sowie das Markenfleischprogramm „Eichenhof“, das u.a. mit artgerechter Tierhaltung wirbt, bei weitem aber nicht die Standards z.B. des NEULAND-Programms erreicht. uj



Als wir 1988 den elterlichen Hof meines Mannes übernahmen, waren wir der Meinung, einen baulich und maschinell gut ausgestatteten Hof übernommen zu haben. Mein Mann begann, sich bei seiner Ausbildung zum Landwirtschaftsmeister mit der organisch biologischen Wirtschaftsweise zu beschäftigen und den Betrieb

**Betriebspiegel:**

12 ha Grünland  
12 ha Acker (Kleegras, Roggen, Weizen, Dinkel, Hafer)  
15 Kühe und weibl. Nachzucht (Fleckvieh)  
im oberen Mühlviertel, nahe der Donauschlinge Schlägen  
Oberösterreich  
Annemarie und Albert führen den Betrieb gemeinsam und haben zwei Kinder im Alter von 8 und 5 Jahren. Im Betrieb arbeitet Alberts Mutter noch kräftig mit.

behutsam umzustellen, was nach kleineren Fruchtfolgeproblemen (Disteln) auch ganz gut gelang. Die Stierzucht wurde aufgegeben, dafür begannen wir mit der Direktvermarktung von Speisegetreide und Getreideprodukten (Mehl, Grieß, Flocken). Die Milch wird weiterhin an die regionale Molkeereignossenschaft, inzwischen als Biomilch mit geringem Biozuschlag, verkauft. Wenn ich jetzt auf die Jahre unseres Wirtschaftens zurückschaue, ist es erstaunlich, wie viel wir in Maschinen (Traktoren, Acker- und Erntegeräte...) und in bauliche Maßnahmen (Getreidelager, Verarbeitungsraum, Laufstall...) investiert haben, ohne aber den Betrieb zu vergrößern. Die Kuhzahl wurde nicht erhöht, lediglich die landwirtschaftliche Nutzfläche

wurde durch Zupachtung von knapp 3 ha ausgeweitet.

Ob wir mit diesen Maßnahmen aber mit dem momentanen Tempo in der Landwirtschaft mithalten können, ist für mich mehr als fraglich.

Seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union, scheint mir, hat sich dieses Tempo beträchtlich erhöht.

Vorher war ein Betrieb mit mehr als 50 Milchkühen in unserer Region kaum vorhanden. Es war auch für die meisten Bauern kein anzustrebendes Ziel, den Hof derartig zu vergrößern.

Das hat sich in den letzten Jahren schlagartig geändert, sowohl in der Beratung durch die Landwirtschaftskammer als auch in den Köpfen der Bauern und Bäuerinnen.

Aus Höfen, die sich über Jahrhunderte

entwickelt haben und den regionalen Gegebenheiten und Notwendigkeiten angepaßt waren, werden Betriebsstätten, die sich nach betriebswirtschaftlichen Kriterien richten. Aus Bauern werden Manager, die über Computer ihre Tiere füttern und vielleicht auch in Zukunft damit melken. Kleine Dörfer, wo es drei oder vier Höfe gab, verschwinden, weil im Nachbardorf einer wächst und den ganzen Grund bewirtschaftet.

Diese modernen Agrarfabriken sind nicht mehr auf die Natur und ihre Gegebenheiten ausgerichtet, sondern auf den Markt und seine Anforderungen, nämlich Lebensmittel, oder besser: Nahrungsmittel zu Billigpreisen anbieten zu können.

Nun wäre es sicher zu einfach, für dieses Szenario nur die EU alleine verantwortlich zu machen, auch ohne diese hätte der Strukturwandel stattgefunden, aber ich glaube, nicht in dieser Geschwindigkeit und nicht in diesem Ausmaß.

Was bedeuten nun diese Ereignisse rund um uns für unseren Hof, wie sollen und können wir weitermachen, können wir überhaupt überleben?

Ich meine die Entscheidung ist schon gefallen, wir können nicht mehr wachsen, zumindest nicht nennenswert, also müssen wir mit dem auskommen, was wir haben und von dem leben, was der Hof uns bietet.

Wenn wir uns die Freude an der Natur und an unserem Leben und Arbeiten am Hof bewahren können, wenn wir nicht um jeden Preis neue Vermarktungsmöglichkeiten suchen und uns dabei überarbeiten und den Hof nicht verschulden, dann können wir auch in Zukunft, vielleicht mit manchen Einschränkungen, ganz gut und zufrieden leben.

*Annemarie Pühringer-Reiner*

## Aus Bauern werden Manager

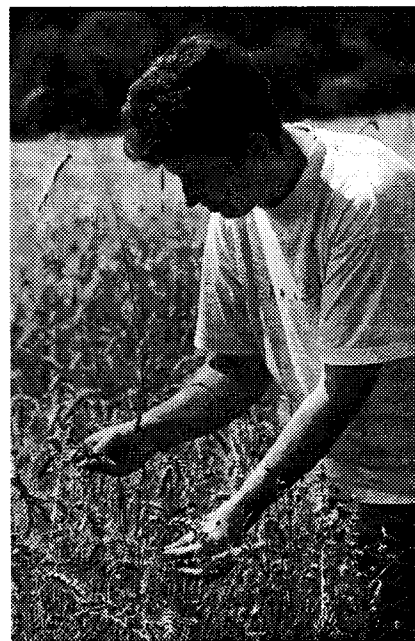
Als ich vor 25 Jahren Bäuerin wurde, war für mich klar, daß ich den Beruf aufgebe, um mich auf meinen neuen Arbeitsbereich konzentrieren zu können. Es fiel mir leicht, da ich ohnedies kein Stadtmensch war und gerne in freier Natur arbeitete. Wir (mein Mann und ich) hätten damals sicher nicht geglaubt, daß in diesem Zeitraum so einschneidende Veränderungen im Landwirtschaftsbereich (im bäuerlichen) passieren.

Als wir vor 23 Jahren unseren Betrieb auf Biolandbau umstellten, gab es keine Umstellungskurse, Fördergelder... doch unsere Produkte (Getreide, Kartoffeln, Milch, Joghurt) waren gefragt und wir hatten zu wenig an Menge.

Unsere Haupteinnahme ist zur Zeit die Milchwirtschaft. Ca. die Hälfte der anfallenden Milch wird drei Mal in der Woche in Flaschen abgefüllt und in die nächst größere Stadt, Linz, in Naturkostläden geliefert. Unser Hof liegt im oberen Mühlviertel. Wir vermarkten auch noch Getreide und etwas Speisekartoffeln. Gemüse und Obst nur gelegentlich.

Von unseren vier Kindern wohnen die zwei jüngsten noch daheim, sind aber in der Ausbildung.

Wie es zur Zeit aussieht, wird es unseren Kindern nicht mehr möglich sein, den Hof im Vollerwerb weiterzuführen. Für mich erscheint es jedoch absurd bei dieser Menge und Vielfalt an Arbeit mir einen zusätzlichen außerlandwirtschaftlichen Erwerb zu suchen. Aber wir müssen uns sicher der Situation einmal stellen, und nach Möglichkeiten sehen und überlegen. Ich stelle es mir unlustig bis frustrie-



## Qualitätsmerkmal Zeit

rend vor, wenn die Häuser und Dörfer an Menschen verarmen, wenn sich diese womöglich in der Stadt um Arbeitsmöglichkeiten anstellen müssen, die auch immer knapper werden.

In der Dezembernummer der Bauernstimme war ein Aufruf an die Leser und Leserinnen mit einem Zitat von Heinrich Böll: „Wer Veränderung will, der muß sich einmischen. Die Wirklichkeit wird uns nicht geschenkt, sie erfordert unsere aktive, nicht unsere passive Aufmerksamkeit.“ Für mich sind dabei Freundschaften und Kontakte mit ähnlich denkenden

Menschen wichtig. Dazu gehört auch die Bäuerinnenarbeit in der österreichischen Bergbauernvereinigung, wo ich schon viele Jahre tätig bin.

Ich möchte in Zukunft wieder mehr auf die Qualität meiner Bedürfnisse und Lebensweise als auf die Quantität achten.

Qualität heißt für mich, wenn ich einen Garten bebauen und ernten kann. Ein frisches Brot backen.

Aber auch Zeit haben dürfen für die Familie, den Eltern. Bei der derzeitigen Propaganda für die Zukunft unserer Betriebe, wo es von Begriffen wie

**Betriebspiegel:**

16 ha Acker  
15 ha Grünland  
18 Kühe mit eigener Nachzucht im Mühlviertel, Oberösterreich  
Annemarie und August führen den Betrieb gemeinsam und haben vier Kinder zwischen 18 und 24 Jahren.

rationell, wettbewerbsfähig, kostengünstig nur so wirbelt, wird dafür kaum mehr Zeit bleiben.

*Annemarie Steyrl, 49 Jahre*

## Lebensmittelketten steigen aus Genfood aus

Mehr und mehr europäische Supermarkt-Ketten beschließen derzeit, bei ihren Eigenmarken gentechnisch veränderte Produkte auszuschließen. Wobei Fragen der Garantie, Kontrolle und der Umgang mit Verunreinigungen noch offen sind. Gemeinschaftlich diese Fragen lösen und eine Zusammenarbeit mit nachweisbar gentech-frei arbeitenden Landwirten und Verarbeitern aufbauen wollen Marks and Spencer, Sainsbury, Asda, Iceland und Waitrose in Großbritannien sowie Auchan und Carrefour (Frankreich), Superquinn's (Irland), Delhaize (Belgien), Effelunga (Italien), Migros (Schweiz). Den Anfang des LEH-Gentech-Ausstiegs hatte Anfang des Jahres Spar in Österreich gemacht. Lediglich deutsche Ketten halten sich bisher noch bedeckt, wurden aber bereits von Greenpeace aufgefordert, sich der Initiative anzuschließen, sonst drohe Deutschland zu einer „Insel der Gentechnik in Europa“ zu werden. encs

## Verdacht auf Subventionsbetrug

Gegen den Getreidehändler Peter Rothe ermittelt das Landeskriminalamt Neubrandenburg wegen Subventionsbetrugs und Mißbrauchs von Fördergeldern. Rothe, Besitzer eines der größten deutschen Getreidehandels Häuser (Getreide AG), hatte nach der Wende in Neubrandenburg die Nordbräu von der Treuhand erworben und sich zugleich zu Investitionen in Millionenhöhe verpflichtet. Vom Land erhielt er 2,8 Millionen DM zur Modernisierung der Abfüllanlagen. Trotzdem stellte Rothe schon 1995 die Bierproduktion ein und verkaufte den Markennamen, nachdem er zuvor – laut Aussage des ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden – lediglich eine gebrauchte Abfüllanlage installiert hatte. Seit jener Zeit wird auch darüber diskutiert, ob Roth's Engagement sich nicht auf die Brauerei selbst, sondern vielmehr auf die lukrativen Immobilien der Brauerei gerichtet habe. en

## Bedrohliche US-Konzerne

Eine formelle kartellrechtliche Untersuchung für den amerikanischen Agrarsektor haben einige US-Senatoren gefordert: die Konzentrationen bei Schlachtereien, Getreidehandel, Getreide- und Ölmühlen sei eine Bedrohung für die amerikanischen Farmer. en

## Rationalisierung nach Schweinepest in Losten

Daß Anfang 1998 nach dem Ausbruch der Schweinepest im Tierzucht Gut Losten GmbH & Co. KG, Mecklenburg-Vorpommern, 62.000 Schweine gekeult wurden und ein Schaden von 20 Mio. DM entstand, ist bekannt. Daß aber noch vor Beendigung der Reinigungsarbeiten Mitte Februar 1998 zehn Frauen, vor allem Tierpflegerinnen mit zum Teil langjähriger Betriebszugehörigkeit, gekündigt wurden, das blieb weitgehend unbekannt. Der Rechtsstreit, den die betroffenen Frauen führten, hatte zwar eine mehrmonatige Verlängerung des Arbeitsverhältnisses zum Ergebnis. Aber die Arbeitsplätze sind verloren. Einige vom Arbeitgeber im Gerichtsverfahren vorgebrachten Gründe für die Kündigungen: Die Abschaffung der Stroheinstreu in einigen Stallbereichen zugunsten von Vollspaltenböden mache das Ausmisten überflüssig; und die Umstellung der Zucht von bisher Edelschwein auf Deutsches Landschwein brächte kürzere Geburtsvorgänge mit sich, womit sich auch die Ferkelwachen erübrigten. mo

## Hopffisterei gegen Müller-Brot erfolgreich

Unter Androhung eines Ordnungsgeldes in Höhe von bis zu 500.000 DM hat das Landgericht München März der Münchener Großbäckerei Müller-Brot untersagt, weiterhin mit dem Slogan „erstes Brot mit Vitaminen und Mineralstoffen“ zu werben. Beantragt worden ist diese einstweilige Verfügung von der Münchener Großbäckerei Hopffisterei, dem größter Bio-Getreide-Verarbeiter in Bayern. Die Hopffisterei begründete ihren Antrag u.a. damit, daß die beanstandete Werbung nachweislich falsch sei, denn so gut wie jedes Brot enthalte sowohl Mineralstoffe als auch Vitamine. pm

## Bayerische Großküchen befragt

In einer repräsentativen Umfrage unter 400 bayerischen Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung haben mehr als 80 % der befragten Großküchen angegeben, Frischfleisch aus der Region zu beziehen, teilt das Bayerische Landwirtschaftsministerium mit. Kartoffeln und Eier würden inzwischen bevorzugt bei landwirtschaftlichen Direktvermarktern eingekauft. Die Speisekarten der Großküchen in Krankenhäusern, Seniorenheimen, Kinder- und Jugendheimen sei im Vergleich zu früher abwechslungsreicher und ausgewogener geworden, so Minister Josef Miller. pm

KURZES AM RANDE

# Der Emslandstärke kommen Abwasserprobleme gelegen

Quotenverlagerung durch Inszenierung von Abwasserproblemen in Wietzendorf?

Die Stärkekartoffel-Anbauer im niedersächsischen Wietzendorf befürchten das Ende ihrer Stärkefabrik und außerdem den Verlust ihrer Stärkekartoffel-Quoten. Ihre Fabrikanlage haben sie nämlich seit Jahren an die Emslandstärke/Emlchheim verpachtet, und zwar zu einem Pachtpreis, der gerade die Abschreibungen deckt. Die Emslandstärke soll dafür als Gegenleistung befriedigende Kartoffelpreise zahlen, außerdem hat sich die Emslandstärke verpflichtet, auf eigene Rechnung die notwendigen Erweiterungsinvestitionen zu tätigen und für die Entsorgung des Abwassers zu sorgen (wo-

Agrar GmbH“, die (mit einem Gesellschaftskapital von nur 50.000 DM) ein 36-Millionen-Projekt durchführen will: nämlich eine Biogasanlage mit anhängender Humusverwertung, die sich durch den Verkauf von Strom und Dünger selbst tragen soll. Allerdings sind die Funktionsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit dieses Projekts und seine Finanzierung vollständig ungeklärt. Der Sitz der Gesellschaft liegt fernab in der Karibik, als Geschäftsführer bzw. Gesellschafter sind der Schweinemäster Kay Feddersen aus Dreisdorf bei Husum und – „als Privatperson“ – Helmut Zorn, der kaufmännische Leiter der Emslandstärke, eingetragen. Zu einer Bauernversammlung erschien der eingeladene Geschäftsführer Feddersen nicht. In der Entsorgungsbranche scheint zudem über die Kompetenz der „Shieer-Agrar“ wenig bekannt zu sein, die vor einigen Jahren schon einmal in Wietzendorf mit dem Projekt einer abwässergespeisten Bananen-Plantage unter Glas scheiterte.

Die Emslandstärke ihrerseits scheint offenbar nicht sehr auf das Gelingen dieses Biogas-Projekts zu setzen – sie will sich an dem ganzen Projekt bezeichnenderweise nur mit der Bereitstellung von Maschinen und einem Bürogebäude beteiligen. Sie könnte sich größere Vorteile ausrechnen, wenn das Biogasprojekt in den Sand gesetzt und infolgedessen das Werk im Herbst mangels Abwasser-Lösung geschlossen würde. Top agrar spricht denn auch von der Inszenierung eines „undurchsichtigen Spiels“ der Emslandstärke gegenüber den Bauern und fragt: „Sucht man insgeheim nach Wegen, um die Stärkequote von Wietzendorf abzuziehen?“

Auch ein Sprecher der Kartoffel-Erzeuger hält alles nur für eine Verzögerungstaktik der Emslandstärke: Wenn die Kartoffel-Lieferverträge erst einmal unterschrieben und die Kartoffeln gepflanzt sind, werde man den Bauern schon reinen Wein einschenken. In der Tat hat die Emslandstärke schon schriftlich angedroht, bei fehlender Abwasseranlage die Fabrik zu schließen. Eine solche Schließung müßte der Emslandstärke durchaus nicht unangelegen sein: Die Stärkequote würde dann nämlich nicht bei den Kartoffelbauern in Wietzendorf bleiben, sondern würde dem Stärkeunternehmen zugesprochen und nach Emlchheim wandern... en



Verlieren die Kartoffelbauern ihre Stärkequoten ans Unternehmen? Foto: Niemann

für sie zudem EU-Gelder erhält). Und gerade über diese fehlende Entsorgung des Frucht- und Prozeßwassers könnte die Emslandstärke die Wietzendorfer Bauern in existenzielle Probleme stürzen: Die Lagermöglichkeiten reichen nicht aus, so daß die kali- und stickstoffhaltigen Abwässer bisher auch im Winter auf landwirtschaftlichen Flächen verregnet werden mußten. Damit ist nach der Dünge-Verordnung Schluß. Die von der Bezirksregierung Lüneburg gewährten Ausnahmefristen nutzte die Emslandstärke nicht für die dringenden Abwasser-Investitionen. Mit Ablauf des Jahres 1999 wird es definitiv keine Ausnahmegenehmigung mehr geben, dann droht für die Stärkefabrik das Aus.

Angesichts dieser schnell näher rückenden Bedrohung schlägt die Emslandstärke den Bauern jetzt lediglich ein äußerst vages Konzept vor: Sie präsentierte eine neugegründete Gesellschaft „Shieer-

# AGENDA



Auf dem Berliner Gipfel am 24./25. März haben die Regierungschefs eine Gesamteinigung über die Agenda 2000 verabschiedet. Auf Druck des Franzosen Jaques Chirac haben sie dabei das Agrarpaket, auf das sich die EU-Agrarminister am 11. März nach wochenlangen Verhandlungen in Brüssel geeinigt hatten, wieder aufgeschnürt und unter dem Diktat der finanzpolitischen Vorgaben kräftig zu rechtgestutzt.

Die Preissenkungen fallen nun zum Teil nicht so drastisch aus wie vorher geplant oder werden – bei der Milch – auf das Jahr 2005 verschoben. All das geschah, um die Kosten der Europäischen Union nicht in die Höhe schnellen zu lassen, denn die stärkeren Preissenkungen hätten auch höhere Aus-

gleichszahlungen bedeutet und die europäische Agrarpolitik verteuert.

Bereits die Agrarminister hatten gegenüber den Vorschlägen der EU-Kommission die Preissenkungen zurückgeschraubt, doch nicht so stark wie die Regierungschefs. Jetzt wird der Interventionspreis für Getreide um 15 %, für Rindfleisch um 20 % gesenkt; für Milch ist die Preissenkung um 15 % auf das Jahr 2005 verschoben worden, ebenso wie die Ausweitung der Milchquoten europaweit um 2,4 %. Was jetzt kommt ist eine Ausweitung um ca. 0,9 %, die sich auf nur fünf Länder verteilt. – Nach einer Formel von Milchexperten drückt jedes Prozent Quotenaufstockung in Europa den Milchpreis um etwa 3 – 4 %, weil Europa schon heute etwa 20 % mehr Milch erzeugt

als ohne besondere Absatzprogramme am Markt verkauft wird.

Die Agrarminister klickten jegliche Form einer Abstaffelung der Prämien (z.B. ab einer bestimmten Höhe der einzelbetrieblichen Prämie) aus den Vorschlägen der Kommission, obwohl einige Länder, zuletzt vor allem Österreich, sich für eine solche Degression eingesetzt hatten. Deutschland zählte nicht dazu, sondern war maßgebliche Kraft, um eine wie auch immer geartete Staffellung der Direktzahlungen zu verhindern – mit dem Argument, Großbetriebe (in Ostdeutschland) nicht benachteiligen zu wollen.

Minister Funke, der ursprünglich eine Abstaffelung oder Deckelung der Beiträge als Ausgleich von Rationalisierungsvorteilen großer Einheiten be-

fürwortete, ist nicht zuletzt auf Druck des Deutschen Bauernverbandes (DBV) an diesem Punkt eingeknickt. Auch die zeitliche Degression, d.h. die jährliche Kürzung der Direktzahlungen ab einer Prämienhöhe von z.B. 10.000 DM (Schutz der Kleinbetriebe), wie von Frankreich in die Diskussion gebracht, fand keine Mehrheit. Lesen Sie auf den folgenden Seiten die Beschlüsse im einzelnen, eine Einschätzung dessen von Wolfgang Reimer sowie verschiedene Stimmen zur Agenda 2000.

Der Beschluß der Agrarministerkonferenz vom 11. März 1999 ist im Internet unter [http://europa.eu.int/comm/dg06/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/dg06/index_de.htm) abzurufen, die Schlußfolgerungen des Berliner Gipfels unter <http://ue.eu.int/newsroom/press/d/ACF44.htm>

Erläuterungen zu den Beschlüssen in der Agenda 2000

Erläuterungen zu den Beschlüssen in der Agenda 2000

Erläuterungen zu den Beschlüssen in der Agenda 2000

## Ackerkulturen



Der Bereich umfaßt Getreide, Ölsaaten und Eiweißpflanzen

**Preissenkung:** Der Interventionspreis wird in zwei Schritten von jeweils 7,5 % in den Wirtschaftsjahren 2000/01 und 2001/02 gesenkt, also um insgesamt 15 %. Im Kompromiß der Agrarminister war noch eine Senkung um 20 % in 2 Schritten vorgesehen.

**Ausgleich:** Die Flächenprämien werden als Preisausgleich in zwei gleichgroßen Stufen von 54 auf 63 Euro/t angehoben. Verrechnet mit regionalen Referenzerträgen ergeben sich daraus die Prämien pro ha (damit wird auf unterschiedliche Ertragsni-

veaus Rücksicht genommen).

**Zusätzliche Regelungen:** Abhängig von den Marktentwicklungen kann der Interventionspreis 2002/03 nochmals um 5 % gesenkt werden. Es gibt nun doch wieder eine obligatorische Flächenstilllegung von 10 % für den gesamten Geltungszeitraum der Agenda bis 2006. Innerhalb dieses Zeitrahmens kann allerdings auch noch wieder eine andere Rate beschlossen werden. In der ursprünglichen Fassung der Agenda 2000 hatte die EU-Kommission obligatorische Flächenstilllegung, im Kompromißpapier der Agrarminister war sie ab 2002/03 gestrichen.

Die Prämie für Ölsaaten, die bisher höher lag als die Getreideprämie, wird bis zum Wirtschaftsjahr 2002/03 auf das Niveau der Getreideprämien geführt.

Auch weiterhin wird die Erzeugung von Zucker- und Silomais über die Getreideprämie gefördert, solange er nicht als Bullenreferenzfläche für die Rindfleischprämie genutzt wird. Neu ist, daß Mitgliedstaaten, die traditionell keinen Mais anbauen oder anbauen können (Schweden, Finnland), die Möglichkeit erhalten, den Anbau von Grassilage mit der Getreideprämie zu fördern.

Erläuterungen zu den Beschlüssen in der Agenda 2000

Erläuterungen zu den Beschlüssen in der Agenda 2000

Erläuterungen zu den Beschlüssen in der Agenda 2000

## 2. Säule



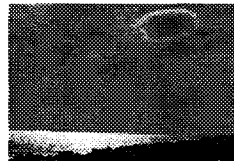
Die neue sogenannte 2. Säule verfolgt das Ziel, einen multifunktionalen, integrierten Ansatz für die Förderung innerhalb der EU-Agrarpolitik zu etablieren, der nicht nur die Landwirtschaft, sondern den gesamten ländlichen Raum im Blick hat. In der bisher noch relativ unkonkreten Ausformulierung dieser 2. Säule tauchen die Förderung der Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe wie auch Unterstützung für Verarbeitung und Vermark-

tung, Junglandwirte und Vorrühständler, alternative Einkommensquelle ... auf. Einzig als verbindliches Element festgeschrieben ist die Förderung umweltfreundlicher landwirtschaftlicher Produktionsverfahren. Ein Aspekt dabei ist die Möglichkeit Ausgleichszahlungen, die bisher an die benachteiligten Gebiete gebunden waren, überall einzusetzen, um „umweltspezifische Einschränkungen“ der Bewirtschaftung auszugleichen (z.B. FFH-Gebiete).

Ansonsten liegt es in den Händen der Nationalstaaten, die 2. Säule mit Leben, füllen. Dabei gibt es die Möglichkeit, bundeseinheitliche Regelungen festzulegen (Frankreich z. B. hat das mit seinem Orientierungsgesetz vor) oder auf Ebene der Bundesländer Programme (ähnlich der süddeutschen Kulturlandschaftsprogramme) umzusetzen.

Zur Verfügung stehen für den Geltungszeitraum der Agenda bis 2006 jährlich ca. 4,3 Mrd. Euro, finanziert aus dem klassischen Agrartopf EAGFL, Abteilung Garantie. Von allgemeinen Kürzungen dieses Topfes sind 2 Mrd. für die 2. Säule auf jeden Fall zu verschonen.

## Horizontale Maßnahmen



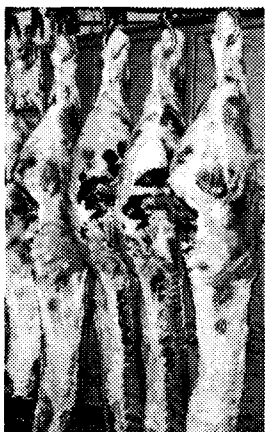
Durch Beschluß der Agrarminister gibt es auf europäischer Ebene auch weiterhin keine Anbindung der Ausgleichszahlungen an europaweit einheitliche Umweltstandards. Auch die von der Kommission vorgeschlagene degressive Abstufung nach Betriebsgröße bzw. Prämienumfang ist von den Agrarministern abgelehnt worden. Die Mitgliedstaaten müssen nun Umweltkriterien festlegen. Darüberhinaus können sie ihrerseits eine bis zu 20 %ige Abstufung der Prämien vornehmen und die einbehaltenen Mittel nach Kriterien wie Arbeit und Umwelt neu verteilen. Diese Option einer „Modulation“ nennt der Beschluß ausdrücklich.

## Milch



Die von den Agrarministern geplante 15 %ige Milchpreissenkung ab dem Jahr 2003 wurde von den Regierungschefs auf das Wirtschaftsjahr 2005/06 hinausgeschoben. Die Quotenregelung bleibt bis 2006, im Jahr 2003 soll geprüft werden, welche Regelung danach angewendet wird. Wahrscheinlich kommt dann der Ausstieg aus der Quote. Ab 2000 erhalten Italien, Spanien, Griechenland und Irland eine Quotenaufstockung von zusammen 1,39 Mrd. t (ca. 0,9 % der EU-Quoten). Auch diese Quotenausweitung wird den Preisdruck verstärken.

## Rindfleisch



**Preissenkung:** Der Rindfleischpreis wird 2000 beginnend in 3 Stufen um 20 % gesenkt. Bei der dritte, Senkung 2002 wird gleichzeitig der Grundpreis für die private Lagerhaltung festgesetzt. Für sie kann wie bei Schweinefleisch eine Prämie gewährt werden, wenn der durchschnittliche Marktpreis auf unter 103 % des Grundpreises sinkt.

**Ausgleich:** Die Preisausgleichsprämie für männliche Rinder wird bis zum Jahr 2002 in drei Stufen auf 210 Euro für Bullen bzw. 300 Euro für Ochsen erhöht und bleibt dort. Die

Prämien für Bullen werden einmal für Ochsen, zweimal im Leben der Tiere bezahlt.

Die Mutterkuhprämie wird bis 2002 auf 200 Euro pro Tier angehoben, die ergänzende nationale Prämie auf 50 Euro/Tier.

Für Bullen, Ochsen, Milch- und Mutterkühe sowie Färsen ab einem Alter von acht Monaten wird vorbehaltlich ihrer Verweildauer auf dem Hof eine Schlachtprämie von 80 Euro gezahlt. Für Kälber die älter als einen Monat und jünger als sieben Monate bei einem Schlachtgewicht von unter 160 kg sind, erhält man 50 Euro. Auf Drängen Frankreichs bleibt die Herodeprämie für die Schlachtung und Vernichtung neugeborener Kälber erhalten.

**Zusätzliche Regelungen:** Bei Bullen wird weiterhin die Prämie für Silomais berücksichtigt, d. h. am Anfang des Jahres muß man sich entscheiden, ob man Silomais als Referenzfutterfläche zum Erhalt von Bullenprämien angibt oder stattdessen die Getreideprämie bekommt.

Die Möglichkeit staatlicher Stützungskäufe, um Fleischüberschüsse abzubauen, bleibt bestehen. Auf Drängen Frankreichs können auch ad hoc Stüt-

zungskäufe beschlossen werden, selbst wenn die Marktpreise nicht auf das beschlossene Mindestpreisniveau gesunken sind.

Die Anzahl der für ein Mitgliedsland insgesamt prämierten Bullen wie auch Mutterkühe wird auf der Basis statistischer Erhebungen festgesetzt.

Die Mitgliedsstaaten können auf Bestreben Deutschlands für die Bullen- und Ochsenprämie eine andere Obergrenze als 90 Tiere pro Betrieb festsetzen. Das damit verbundene Hochschieben der Tiergrenzen bedeutet, daß mehr Tiere bei gleichem Geld zu prämierten sind. Deshalb wurde den Mitgliedsstaaten ins Belieben gestellt, daß sie Betriebe mit Beständen bis zu einer festzulegenden Größe von den Prämienkürzungen aussparen, um dann oberhalb davon stärker zu kürzen.

So sehr der Bauernverband sich um die Aufweichung der 90-Tier-Grenze bemüht hat, so wenig behagt ihm diese Abstufung. Läßt sie sich nicht durchsetzen, bezahlen die kleinen Betriebe die durchrationalisierung der Wachstumsbetriebe.

Es wird ein nationaler Finanzrahmen eingeführt, durch den die Mitglieds-

staaten die Möglichkeit bekommen sollen, z. B. regionale Unterschiede bei den Produktionsverfahren ausgleichen zu können. Die hieraus zu verteilenden Gelder können generell für Rinder, also auch für Milchkühe ausgegeben werden. Es ließe sich also zumindest zur Abschwächung der Benachteiligung gegenüber der Bullenmast eine Grünlandprämie für die Milcherzeuger daraus entwickeln. Dies will der Bauernverband zugunsten einer Aufstockung der Schlachtprämien verhindern. Damit würden die intensiven Bullenmäster erneut den Grünlandmilchbauern vorgezogen.

**Extensivierung:** Die Prämien für extensive Rindermast werden in zwei Schritten angehoben auf 33 Euro bei zwischen 2,0 und 1,6 GVE/ha bzw. 66 Euro bei weniger als 1,6 GVE/ha in 2000 und 2001. Ab 2002 gibt es dann 40 Euro bei zwischen 1,8 und 1,4 GVE/ha und 80 Euro bei weniger als 1,4 GVE/ha. Die Verpflichtung, die Tiere während der Wachstumsperiode effektiv auf der Weide zu halten, wird durch die Bedingung ersetzt, daß die Weidefläche mindestens 50 % der gesamten gemeldeten Futterfläche ausmacht.



# Agenda „light“ – aus der Not eine Tugend machen

Unter dem Diktat der knappen Kassen wurde die mit der Agenda 2000 geplante radikale Weltmarktausrichtung der europäischen Landwirtschaft beim „Berliner Gipfel“ noch einmal verschoben. Die zeitliche Verschiebung bzw. Abschwächung der Agrarpreissenkungen und die damit verbundene Verringerung der Ausgleichszahlungen an die Landwirtschaft ermöglichten den Kompromiß. Damit ist aus agrarpolitischer Sicht

wieder vieles offen; die Probleme sind jedoch nicht gelöst. Das Kernproblem besteht darin, daß nach dem letzten GATT-Abschluß die europäischen Agrarüberschüsse in wenigen Jahren ganz ohne Exportsubventionen exportiert werden müssen. Darauf gibt es, vereinfacht dargestellt, zwei Antworten. Entweder man senkt die europäischen Agrarpreise, wie die Agenda 2000 es vorsah, um ohne Subventionen exportieren zu können, oder man

verringert die Produktion, um das Exportproblem zu entspannen.

## Weltmarktausrichtung riskant

Der erste Weg, der mit zunehmender Weltmarktausrichtung, wird begleitet von steigenden Ausgleichszahlungen für die Preissenkungen und von steigenden Produktionsmengen. So sah der Plan des Agrarkommissar Fischler vor, die Milch- und Getreidemenge auszuweiten (Erhöhung der Milch-

quote und Verringerung der Flächenstilllegung bei Getreide). Die Agrarausgaben wären durch die steigenden Direktzahlungen weiter angestiegen.

Wie unsicher die finanzielle Kalkulation der Agenda 2000 war und ist, hat der EU Rechnungshof schon im Oktober 1998 (Agra Europe 4.1.1999, siehe Kasten) dargestellt.

## EU-Rechnungshof: Agenda 2000 zu positiv kalkuliert

Der EU-Rechnungshof hat bereits im Oktober seine Bewertung der Agenda 2000 veröffentlicht. Daraus geht hervor:

### Einnahmen niedriger

Die Einnahmen der EU (abhängig vom Bruttosozialprodukt und den MWSt-Einnahmen der Mitgliedstaaten) werden nach der realen wirtschaftlichen Entwicklung deutlich unter den hoffnungsvollen Prognosen der EU-Kommission bleiben. Damit wird die Agrarleitlinie (Obergrenze der Agrarausgaben) im Jahre 2006 nach Schätzung des Rechnungshofs um 2,7 Milliarden DM niedriger liegen als von der Kommission geplant.

### MOEL-Kosten höher

Die Kommission hat bei der Berechnung der Erweiterung der EU um fünf mittel- und osteuropäische Länder (MOEL) und Zypern im Agrarbereich lediglich die Interventionskosten für diese Länder angesetzt, nicht aber Kosten für Preis-Ausgleichszahlungen – mit der Begründung, die Preise in den MOEL seien so niedrig wie die EU-Preise nach den Preissenkungen, so daß in den MOEL kein Bedarf für Preissenkung und Ausgleich bestehen würde. Inzwischen haben sich jedoch die Preise in EU und MOEL in vielen Bereichen (Getreide, Fleisch usw.; nur Milch ist noch deutlich billiger als in der EU) angenähert, so daß wohl auch in den Beitrittsländern bei Agrarpreissenkungen Direktzahlun-

gen fällig werden. Damit könnten die jährlichen Agrarausgaben ab 2003 um über 6 Mrd. DM höher sein.

### Weltmarkt spekulativ

Nach den Marktprognosen der Kommission soll die Weltmarktnachfrage nach Milchprodukten und Getreide deutlich zunehmen. Durch die geplanten Preissenkungen sollten die Europäer daran teilhaben. Der Rechnungshof weist jedoch darauf hin, daß die Preissenkungen nicht reichen würden, um das niedrige Weltmarktpreisniveau zu erreichen, und daß die vorhergesagte Nachfrage angesichts der wirtschaftlichen Einbrüche in Südasiens und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion und die vorhergeschätzte Preisentwicklung (Welt-Weizenpreis weit über zwanzig Mark/dt) höchst spekulativ seien. Sollten die optimistischen Marktprognosen der Kommission nicht eintreten, so der Rechnungshof, würde das unbezahlbar werden. Neben den dann weiterhin auftretenden Interventionskosten müßten die Flächenstilllegungen und steigende Direktzahlungen an die Landwirtschaft bezahlt werden.

### Deckelung fehlt

Der Rechnungshof moniert aber auch die zu geringe Degression der Prämienzahlungen bei großen Betrieben (die ja inzwischen de facto ganz weggefallen ist) und die mangelnde ökologische Ausrichtung. Die Verbraucher würden nur wenig von den Preiskürzungen profitieren. *wr*

## Konsequenzen der Berliner Agrarergebnisse

Beim Getreide wird zwar die Marschrichtung von 1992, Preise runter plus Ausgleichszahlungen, fortgesetzt; allerdings mit defensiver Ausgestaltung. Die Flächenstilllegungen sollen beibehalten, die Preissenkungen moderater sein als ursprünglich geplant – man will sich an der Marktentwicklung orientieren. Sollte der Getreideabsatz auf den Weltmärkten problematisch bleiben, will man mit den Flächenstilllegungen die Überschüsse begrenzen.

Unter diesen Voraussetzungen kann die Agraropposition weiterhin für ihren Vorschlag des Anbaus von Eiweißpflanzen (Leguminosen) statt Flächenstilllegungen werben. Da die EU Getreideüberschüsse hat, aber über die Hälfte des in der EU verfütterten Eiweißes importiert, könnte man durch die Koppelung der Getreideprämien an den Anbau von Eiweißpflanzen dieses Ungleichgewicht verringern. Das würde die Überschüsse verringern und damit auch den Druck zu weiteren Preissenkungen infolge des Zwangs, Überschüsse auf dem Weltmarkt abzusetzen.

Sollte es bei den Flächenstilllegungen bleiben, wird der Anbau (möglichst ökologisch sinnvoller) Nachwachsender Rohstoffe zu einem wichtigen Erwerbszweig.

Die großen Ackerkulturen (Getreide, Ölsaaten, Eiweißpflanzen) tragen nur zu 21% zum landwirtschaftlichen Gesamteinkommen bei, verschlingen aber 42% der EU-Ausgaben den Agrarbereich (EAGFL). Davon

kassieren allein 4% Großbetriebe 40% der gesamten Zuwendungen (laut EU-Rechnungshof). Aus diesen Gründen ist eine Prämiedegression im Sinne einer großenabhängigen Abstufung nicht nur berechtigt, sondern zwingend. Nur so können vermehrt Mittel für Tierprämien und eine Grünlandprämie frei gemacht werden. Das wird eine wichtige Auseinandersetzung in der agrarpolitischen Diskussion bleiben.

Fortsetzung auf Seite 14



Auf einer „Agenda-Demo“ in Münster Foto: Jasper

## Milch

Die Milcherzeugung bildet mit ihrem Koppelprodukt Rindfleisch das Rückgrat der bäuerlichen Landwirtschaft in Europa. Während die Milch zu einem hohen Anteil zum landwirtschaftlichen Gesamteinkommen beiträgt, hat sie bei den Agrarsubventionen nur noch einen geringen Anteil.

Der Berliner Kompromiß hat die Preissenkungen und den größten Teil der Mengenausdehnung bei der Milch auf das Wirtschaftsjahr 2005/2006 verschoben. Damit bleibt die Bedeutung der Milchquote erhalten, so daß es sich sowohl einzelbetrieblich wie auch agrarpolitisch lohnt, in die Quote „zu investieren“.

Zwar ist durch die Marktentwicklung und die Extra-Quote für Italien, Spanien, Irland und Griechenland mit einem gewissen Preisdruck zu rechnen, es kommt jedoch nicht so dramatisch wie ursprünglich geplant. Damit kommt der Weiterentwicklung der deutschen Milchquotenregelung hin zu einem Lieferrecht große Bedeutung zu, um die Kosten der aktiven Milcherzeuger zu verringern und trotzdem den aufgebenden Landwirten eine Entschädigung zu zahlen.

## Rindfleisch

Beim Rindfleisch hat sich Frankreich durchgesetzt. Bei uns bestehen Chancen bei der Kombination extensiver Mastverfahren (Ochsen, Mutterkühe) mit dem Absatz auf höherpreisigen (allerdings begrenzten) Qualitätsmärkten.

## 2. Säule

Die sogenannte „zweite Säule“ der Agrarpolitik wird neu aufgebaut, aber noch ist nicht sicher, was dabei herauskommt. Zwar sollen bis zum Jahr 2006 rund 27 Mrd. DM fließen, doch allzu viele Programmansprüche konkurrieren um diese Mittel. So müssen daraus die klassischen Agrarprogramme wie die einzelbetriebliche Investitionsförderung und die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete, die Kulturlandschaftsprogramme sowie neue Vermarktungsinitiativen, ländlicher Tourismus usw. bedient werden. Mit Unterstützung der Öffentlichkeit sollte es gelingen, hier weitere Aufstockungen zu erreichen. Ziel müßte sein, die zweite Säule mit den Schwerpunkten Vermarktung und Kulturlandschaftspflege zu 75% aus Brüssel kofinanzieren (75 % EU-Mittel, 25 % nationale Mittel). Erst dann würden alle Regionen diese Programme zu einem Schwerpunkt machen.

Da die nationalen Prämienfonds, die die Tierprämien ergänzen sollen, sehr schmal ausfallen, kann darüber keine sinnvolle Grünlandprämie gestaltet werden. Umso wichtiger ist deshalb die Korrektur der Kulturlandschaftsprogramme, um mehr Mittel vom Ackerbau (für z.T. sehr zweifelhafte „Extensivierung“-Maßnahmen) auf das Grünland umzuverlagern. Nur so kann auf vielen Standorten Grünland in der Bewirtschaftung bleiben und der Wettbewerbsnachteil des Grünlandes zum Silomais verringert werden. *wr*

# Binnenmarkt in den Vordergrund stellen

Da die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft auf dem Weltmarkt nur in Ansätzen gegeben ist, sollte diese Orientierung in den nächsten Jahren überdacht werden. Der Berliner Kompromiß löst die Probleme nicht, läßt aber Zeit zum Überlegen. Unter dem Eindruck der dieses Jahr noch beginnenden Vorgespräche zur neuen WTO Runde und der tatsächlichen Marktentwicklung können durchaus andere Lösungen möglich werden.

Selbst wenn das „decoupling“ (Preissenkung plus Ausgleichszahlung) beim Getreide weitergeht und die völlige Liberalisierung sich durchsetzt, sollten die Europäer bei der Milch auf eine andere Strategie setzen. Jeder auch nur annähernde Ausgleich der notwendigen Preissenkungen, um auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu sein, würde das Agrarbudget sprengen. Da die Amerikaner und Kanadier zusammen nur 10% des Weltmilchmarktes bestreiten und ihre Produktionskosten (Milcherzeugung und Verarbeitung zusammen) nicht sehr viel günstiger sind als die der Europäer, könnte auf diesem Sektor eine andere Lösung möglich sein. Die Europäer müssen mit einer binnenmarktorientierten Verhandlungsstrategie in die WTO Runde gehen; d.h.

1.) offensive Aufgabe des Restes der Exportsubventionen, die international

sowieso nicht zu halten sind; 2.) Beibehaltung eines möglichst hohen Außenschutzes (monetär); Aufgabe von Weltmarktanteilen gegen die Beibehaltung eines restriktiven Mindestzugangs (Menge; sie liegt derzeit bei 5%);

3.) keine Ausdehnung der Quote im Jahre 2006;

4.) als Kompromißlinie das kanadische A-C-Quotenmodell anbieten, wo der inländische Verbrauch geschützt, der Export aber nicht gestützt werden darf.

Problematisch ist, daß bei einer binnenmarktorientierten Strategie die Milchmenge eigentlich stärker an den eigenen Absatz zu binden wäre, d.h. verringert werden müßte. Dies ist derzeit nicht in Sicht. Deshalb müssen zur Mengenregulierung die Sonderabsatzprogramme für Verfütterung und Industrie beibehalten bzw. sogar ausgedehnt werden.

Allerdings hat die Weltmarktstrategie durch die hohe Preisdifferenz zwischen europäischem und Weltmarktniveau noch größere Probleme, die Mengen finanzierbar abzusetzen. Der Berliner Kompromiß des „Weiterwurstelns“ schiebt die Entscheidung auf. Immerhin: die Agenda „light“ läßt noch Bewegungsspielraum.

Wolfgang Reimer, Bauer (Bioland) in Gaildorf-Reipersberg (Ba-Wü), Stellvertretender AbL-Vorsitzender



Ein Besuch im Kuhstall der Familie Waizenegger gehörte zum gemeinsamen Pressegespräch von Bund Naturschutz, Krisenstab und AbL zur Agenda 2000. Hier unterhalten sich Elisabeth Waizenegger und Hubert Weiger. Foto: Jasper

## Allgäu-Stimmen

Pressegespräch von Bund Naturschutz und Bauern

Zur Agenda 2000 haben der Bund Naturschutz Bayern (BN), der Krisenstab und die AbL die Presse am 9. März zu einem Gespräch ins Allgäu eingeladen, um noch vor den Beschlüssen die Positionen zu verdeutlichen. Dr. Hubert Weiger, Landesbeauftragter des BN und agrarpolitischer Sprecher des BUND erklärte, mit der Agenda 2000 werde der Weltmarkt zum Maßstab der landwirtschaftlichen Arbeit erklärt. Das sei ein dramatischer Vorgang, denn es gebe „fundamentale Unterschiede zwischen der landwirtschaftlichen Produktion und der industriellen Produktion irgendwelcher Waren“. Weiger stellte sich auf die Seite der Bauern: „Unter Weltmarktbedingungen mit einem Milchpreis von 30 Pfennig pro Liter können unsere Bauern nicht mithalten, es sei

denn, sie werden gezwungen, industrielle Produktionsmethoden zu übernehmen.“ Die Alternative sieht Weiger in der Ausrichtung auf den europäischen Binnenmarkt bei gleichzeitiger Begrenzung der Intensität und Förderung extensiver Anbaumethoden wie des ökologischen Landbaus. Weiger ging auch auf die Zukunft mit einer Agenda 2000 ein: „Resignieren werden wir nicht. Wir müssen uns dann umso mehr vor Ort mit Bauern zusammenschließen, unterstützt von den Kommunen.“ Mutmachendes Beispiel sei z.B. die Bauerngemeinschaft Illerwinkel, die anschließend besucht wurde. Hier haben sich 65 Allgäuer Bauern zu einer GmbH zusammenschlossen und eine Metzgerei eingerichtet, über die sie einen Teil ihrer Tiere in der Region vermarkten.

## Stimmen zu den Agenda-Beschlüssen

**R**omuald Schaber, Vorsitzender des Bundesverbandes Deutscher Milchviehalter, **BDM**, erklärte gegenüber der Bauernstimme: „Insgesamt ist das gesamte Agenda-Konzept gescheitert, weil sich zwei Zwänge herauskristallisiert haben: Erstens entwickeln sich die Weltmärkte eben nicht so, wie immer propagiert wird, und zweitens ist in Europa schlicht und einfach für hohe Ausgleichszahlungen das Geld nicht da.“

Daß die Preissenkung im Milchbereich aufgeschoben ist, darüber bin ich natürlich nicht böse. Insgesamt ist die Agenda-Reform für die Milchbauern aber nicht erfreulich, weil die Probleme nicht gelöst, sondern nur vor sich hergeschoben wurden. Wir rechnen schon ab jetzt damit, daß die Milchpreise zurückgehen, weil die Weltmärkte weg sind und weil ja noch die letzte Stufe der letzten Beschlüsse umgesetzt werden muß – d.h. mehr Druck auf den Markt und damit niedrigere Preise, und kein Ausgleich.

Die Bestrebung des **BDM** bleibt ganz klar: Wir können nicht zuwarten bis 2005, weil wir einfach davon ausgehen, daß wir 5 – 6 Pfennige pro Liter auf der Strecke lassen bis dahin. Das ist nicht zu verkraften. Wir müssen es schaffen, in die WTO-Verhandlungen ein neues Konzept einzubringen, sprich das Zwei-Preis-Modell.

Noch ein Punkt kommt natürlich hinzu: Viele der positiven Ansätze der Agenda sind auf der Strecke geblieben: degressive Staffelung; die Silomaisprämie soll jetzt ja höher ausgezahlt werden als in der Vergangenheit; Grünland geht wieder leer aus, wobei anscheinend über die 2. Säule eine gewisse Grünlandprämie ausgestaltet

werden soll, allerdings mit kläglichen Mitteln. Das Grünland bleibt somit nach wie vor nicht wettbewerbsfähig.“ Für den **AgrarBündnis**-Vorstand erklärte Ulrike Ottenotbrock-Völker: „Mit sozialer Gerechtigkeit hat es nichts zu tun und ist gesellschaftlich nicht zu akzeptieren, wenn beispielsweise beschäftigungsarme aber flächenstarke Großbetriebe über eine Million DM pro Jahr an Subventionen einstreichen mit der Begründung, sie für den Weltmarkt wettbewerbsfähig zu machen, wenn gleichzeitig lediglich 10 % der Agrarprodukte auf diesen Weltmarkt gehen.“

Der **Bioland**-Landesverband Baden-

Württemberg lehnt die Agenda-Pläne ab. „Diese Reform führt nur die bisherige Politik fort und fördert die umweltbelastende Intensivlandwirtschaft“, kritisierte der Landesvorsitzende Peter Schacherer. Nach Ansicht von Bioand subventioniere die EU auch in Zukunft eine ertragsorientierte Landwirtschaft ohne Rücksicht auf Umweltverträglichkeit, Betriebsgröße, Standort und Arbeitskräftebedarf. Diese Politik werde auf absehbare Zeit zu einem weiteren Verfall der Erzeugerpreise führen.

Der **Naturschutzbund NABU** kritisierte, daß die Chancen für eine ökologisch und sozial verträglichere Agrar-

politik nicht hinreichend genutzt worden seien. Im Hinblick auf die anstehende Umsetzung der Agenda fordert der **NABU** die Bundesregierung und die Bundesländer auf, alle Spielräume zur Ökologisierung der Landwirtschaft zu nutzen. „Da die positiven Ansätze in der Agenda lediglich fakultativ sind, sind hier die politisch Verantwortlichen in der Pflicht“, so Bundesgeschäftsführer Gerd Billen. Dabei komme es vor allem auf die Kopplung der Ausgleichszahlungen an Umweltauflagen, die Einführung einer Grünlandprämie sowie die Förderung der nachhaltigen ländlichen Entwicklung an.“



Für die Grünlandregionen wie hier im bayerischen Allgäu haben die europäischen Agrarminister nicht viel zu bieten. Während der Silomais weiterhin eine Prämie bekommt, wird es eine Grünlandprämie von Brüssel aus nicht geben. Und ob Bonn sie einführt, ist noch fraglich. Es wird wohl Ländersache bleiben, die Grünlandbewirtschaftung über die Agrarumweltprogramme zu unterstützen. Foto: Jasper

Die **AbL**-Bundesvorsitzende Maria Heubuch machte aus ihrer Enttäuschung über die Agenda 2000 keinen Hehl. Eine Reform wäre möglich gewesen mit einer Umorientierung auf den EU-Binnenmarkt und regionale Märkte und weg von der Abhängigkeit der Landwirtschaft von Subventionen.

### Grünlandprämie muß kommen

„Wie es aussieht, kommen wir noch nicht dahin.“ Die **AbL**-Vorsitzende forderte die Einführung einer allgemeinen Grünlandprämie. „Die ist gerade für das Allgäu wichtig, auch um die Milcherzeugung hier zu halten. Das wäre endlich mal ein Ausgleich zur Silomaisprämie“, so Maria Heubuch.

Die Grünlandprämie müsse kommen, auch wenn der Zug insgesamt in die falsche Richtung fahre.

Den Deutschen Bauernverband forderte Maria Heubuch auf, Farbe zu bekennen, ob er das System so belassen will wie bisher. Heubuch hält das für falsch, „denn das System hat uns Bauern vor die Wand gefahren. Verkennen wir es nicht: Der Bauernverband hat die jetzige Situation mit zu verantworten.“

### Interessen selbst vertreten

„Wir müssen dazu kommen, unsere Interessen wieder selbst zu vertreten“, erklärte Milchbauer Hans Foldenhauer, warum er mit 600 Kollegen den Kri-

senstab e.V. gegründet hat. „Die Funktionäre vom Bauernverband kennen die Kuh oft nur noch vom Bild.“ Mit der Blockadehaltung des **DBV** ging Foldenhauer stark ins Gericht: „Für uns ist es zuwenig, immer nur alles abzulehnen. Wir wollen Lösungen erarbeiten.“ Viel Sympathie erhalte der Krisenstab dabei aus den Lagern, die früher immer als Feind der Bauern dargestellt worden seien: von Verbrauchern, Natur- und Tierschützern. Die Agenda 2000 kritisierte Foldenhauer stark. Sie verfolge eine absolute Weltmarktausrichtung. „Der Zug ist abgefahren, aber das hält uns nicht davon ab, uns weiter für unsere Ziele einzusetzen.“ Die Agenda berücksichtige

nicht die soziale Frage, vor allem was die Arbeitslosigkeit angehe, und ebenso wenig Fragen wie Schutz der Umwelt und der Lebensgrundlagen. „Wir dagegen wollen in Kreisläufen wirtschaften und für den Binnenmarkt produzieren.“ Wer für den Weltmarkt produzieren wolle, der solle das tun, aber ohne Subventionen. „Wir wollen freie Bauern sein, die ihr Einkommen am Markt erzielen und umweltverträglich wirtschaften. Wir sprechen uns für den Abbau der Regelungswut in Deutschland aus und gegen die Subventionierung der Landwirtschaft. *uj*“



### Vielfalt auf die Höfe

Wenn die Bundesregierung auf internationaler Ebene (wie in Rio 1992) ein Bekenntnis zum Erhalt der pflanzen- und tiergenetischen Ressourcen ablegt, dann bleibt das für die Praxis auf den landwirtschaftlichen Betrieben weitestgehend folgenlos. Dabei ist der konsequente Erhalt der Vielfalt auf Nutzung (und nicht nur Genbanken) abgewiesen. Doch zur notwendigen „Vielfalt durch Wertschöpfung“ ist es noch ein weiter Weg. Schritte auf diesem will ein gemeinsames Symposium der Zentralstelle für Agrardokumentation und Information (ZADI/IGR) und der AbL in der Ökologiestation Bergkamen-Heil/NRW vom 8. bis 10.10.99 geben. Vormerken! Nähere Informationen folgen.

st

### Weltladentag

Der Weltladen-Dachverband gibt am 8. Mai 1999, dem 4. europäischen Weltladentag, den Startschuß zur dreijährigen Kampagne 'Land Macht Satt'. Ca. 2.500 Weltläden in Europa (ca. 400 in Deutschland) setzen sich mit dieser Kampagne für die Berücksichtigung kleinbäuerlicher Produzentinnen in Entwicklungsländern bei den Neuverhandlungen des WTO-Agrarabkommens ein. Weiteres dazu in der Mai-Ausgabe der Bauernstimme. hcb

## „Billige Machtpolitik“

Weltweite Festlegungen zum Schutz der Biodiversität und zur Kontrolle der Gentechnik gescheitert

nisch veränderte Organismen zu erhalten. Dies nämlich wäre der zentrale Punkt des Protokolls gewesen, welches als Durchführungsbestimmung des 1992 auf dem Umweltgipfel in Rio abgeschlossenen Abkommens zur Biodiversität angelegt werden sollte. Ein wesentliches Ziel des Biodiversitäts-Abkommens ist es, speziell den Entwicklungsländern mehr Schutz ihrer großen Vielfalt an genetischen Ressourcen vor Ausbeutung durch multinationale Biotechnologiekonzerne zu gewährleisten.

Im Zusammenhang damit hätte nach dem Willen der meisten verhandelnden Nationen im Biosafety-Protokoll festgelegt werden sollen, daß Biotechnologiekonzerne zukünftig die Zustimmung des jeweiligen Staates zur Einfuhr gentechnisch veränderter Organismen einholen müssen. Damit wäre praktisch, zumindest bedingt, eine internationale Gentechnik-Kennzeichnung zur Pflicht, und Konzernstrategien transparenter geworden.

### Zwang WTO-Konformität

Bisher existieren lediglich in Europa Einfuhrbeschränkungen und eine wenn auch unzureichende Kennzeichnungspflicht für Gentechprodukte. Diese Reglementierungen sind allerdings vor der WTO anfechtbar, speziell die USA hat bereits Druck dagegen in der nächsten WTO-Runde angekündigt. Als derzeit führendes Land auf dem Biotechnologiesektor,

gelten sie als größte Gegner von Eingriffen gegenüber Gentechorganismen. Nicht zuletzt deshalb hatten sie sich bereits 1992 geweigert, das Abkommen zur Biodiversität zu unterzeichnen und waren damit eigentlich gar nicht zur Abstimmung über das Biosafety Protokoll berechtigt. Sie nutzten die kanadischen VertreterInnen als Sprachrohr um ihre Ablehnung zu bekunden.

Schließlich wäre das Biosafety Protokoll, so wurde es jedenfalls von der Mehrheit der übrigen Länder unterstützt, auf eine Ebene oder sogar über den Rang von WTO-Abmachungen gestellt worden. Damit hätten allen Ländern erstmals unanfechtbare Handlungsmöglichkeiten zur Reglementierung gentechnisch veränderter Organismen zur Verfügung gestanden. Die internationale Biotechnologieszene applaudierte angesichts des Scheiterns der Verhandlungen. Umso enttäuschter zeigen sich nun besonders die Entwicklungsländer, wie aber auch Umweltschutzgruppen in der ganzen Welt. Sie werfen den sechs Verhinderer-Nationen vor, Profitgier vor Umweltschutzinteressen zu stellen. Beth Burrows, Präsidentin des gentechnisch kritischen Edmonds Institute in Washington, brachte ihre Kritik und Enttäuschung auf den Punkt indem sie resümierte: „Die Umwelt ist immer Verlierer, hier ging es nicht um moralische Standpunkte oder wissenschaftliche, hier ging es nur um billige Machtpolitik.“

cs

## Positionen zu den WTO-Verhandlungen entwickeln

Die Verhandlungsposition des Südens muß auch vom Norden gestärkt werden.

Wenn sich Ende November, Anfang Dezember '99 im US-amerikanischen Seattle der WTO-Ministerrat trifft, geht es um die Tagesordnung einer möglichen sogenannten Millennium-Runde der WTO. Dabei stehen die Weiterverhandlungen zur internationalen Agrarpolitik ganz oben auf der Liste dringend zu erledigender Punkte. Alle Zeichen deuten auf weitere Liberalisierung der Weltmärkte, die sich größtenteils zugunsten der reichen Industrieländer auswirken würde. Für die Entwicklungsländer muß das Bestreben sein, ihre Interessen besser als bei den vorangegangenen WTO-Verhandlungen, der sogenannten Uruguay-Runde, durchzusetzen. Aus diesem Grunde ist es notwendig, auch hier in einem Industriestaat, ihre Positionen zu stützen. Eine gemeinsame Position mög-

lichst vieler nationaler und internationaler Nichtregierungsorganisationen, die sich mit der Nord-Süd-Problematik beschäftigen, erhöht den Druck auf die Verhandlungsvertreter. Eine Vorgabe für solch ein gemeinsames Positionspapier hat Rudolf Buntzel-Cano vom Evangelischen Bauernwerk in Württemberg vorgelegt. Dort wird z. B. mehr Recht der Entwicklungsländer auf eine größere Autonomie ihrer nationalen Agrarpolitik bei gleichzeitigem Abbau der preissichernden Marktordnungen in den Industrieländern gefordert. Speziell am Beispiel Zucker, dessen Erzeugung in den USA wie auch in der EU durch Marktordnungen protektioniert wird, der aber gleichzeitig ein direktes Nord-Süd-Konkurrenzprodukt darstellt, wird die Notwendigkeit des Verschwindens von unmittel-

bar subventionierten Produkten auf dem Weltmarkt verdeutlicht. Weiterhin sollten soziale und ökologische Standards in die internationalen Handelsabkommen Einzug halten, die von Organisationen wie der FAO handelsinteressenneutral ausgestaltet werden müßten. Die WTO sollte garantieren, „daß Zielkonflikte zwischen Handel und z.B. Ernährungssicherung, Umwelt, Regionalentwicklung und ländlicher Beschäftigung minimiert werden.“

Wünschenswert ist die breite Diskussion des Positionspapiers, damit es am Ende von vielen Organisationen unterzeichnet werden kann.

Das Papier ist zu bestellen in der AbL-Bundesgeschäftsstelle, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/48476.



# Trojanische Pferde zu verschenken!

Wie die Agrarexportpolitiken der EU und USA die Märkte der Entwicklungsländer erobern – „Die andere Eroberung“, das neue Buch im Abl-Verlag.

Kann Milchpulver ein Mittel der Eroberung sein? Kann Weizen eine Waffe sein? Kann billiges Rindfleisch Rinderzüchter um ihre Existenzgrundlage bringen? Die Fragen klingen paradox. Doch eine umfassende Untersuchung der internationalen Agrarhandelspolitik hat ergeben, daß diese scheinbaren Widersprüche ein grundlegendes Kennzeichen der vergangenen Jahrzehnte sind. Den Agrarpolitiken der EU und USA ist es gelungen, durch eine massive und anhaltende Exportförderung die Märkte vieler Entwicklungsländer zu erobern. Verlierer dieses unfairen Wettbewerbs sind die Bäuerinnen und Bauern in armen Ländern, die durch die verbilligten Importe von ihren eigenen Märkten verdrängt worden sind. Die Überschüsse des Nordens haben so



dazu beigetragen, daß das Menschenrecht auf Nahrung von Millionen Familien bedroht und die Ernährungssicherheit ganzer Länder systematisch untergraben wurde. Dies ist die erschreckende Bilanz einer Analyse, die der Autor über die Agrarexportpolitiken der EU und USA und ihre Folgen für die Ernährungssicherheit in den Entwicklungsländern verfaßt hat. Die Eroberung der Märkte im Süden der Welt erinnert an die Geschichte von Troja. Nach jahrelangem Kampf gelang den Feinden der antiken Stadt ein Sieg durch List. Sie stellten ein hölzernes Pferd vor die Tore Trojas und zogen sich zurück. Die Bewohner hielten es für ein Geschenk und holten es in die Stadt. In der Nacht entpuppte sich das scheinbare Präsent als äußerste Bedrohung. Dem Pferd entstiegen die Feinde der Stadt und öffneten die Tore für das Heer. Troja war gefallen. Eroberung durch Geschenke, hieß die siegesbringende Strategie. Eine moderne Anwendung davon findet sich in den Agrarexportpolitiken der EU und USA wäh-

rend der vergangenen zwei Jahrzehnte. Mit einem ausgefeilten System an preisbezogenen Exportsubventionen, Markterschließungsprogrammen, Exportkreditversicherungen, Nahrungsmittelhilfen und indirekten Exportsubventionen durch interne Stützung haben beide Hauptakteure der internationalen Agrarhandelspolitik vor allem eines versucht: ihre Überschüsse so zu verbilligen, daß sie den importierenden Ländern wie Geschenke erschienen.

## Unlauterer Wettbewerb

Daß es den Exporteuren hauptsächlich um die Erschließung neuer Absatzmärkte ging, schien die Eliten der Einfuhrländer kaum zu beunruhigen. Denn auch sie hatten ihren Vorteil davon. Die Regierungen der importierenden Länder konnten mit den Billigimporten die politisch wichtige Stadtbevölkerung zufriedenstellen. Auch den einführenden Unternehmen kamen die hochsubventionierten Getreide-, Rindfleisch- oder Milchpulverlieferungen aus Europa oder den USA gelegen. Der Absatz dieser Produkte war sicher und bedeutete satte Gewinne. Geschädigt hat diese Politik vor allem die Bäuerinnen und Bauern dieser Länder. Sie verloren die einheimischen Märkte durch den unlauteren Wettbewerb. Mit den gedumpte Preisen der europäischen oder US-amerikanischen Einfuhren konnten sie nicht mithalten. Gleichzeitig wurden im Zeichen der Schuldenkrise in vielen Entwicklungsländern sogenannte Strukturanpassungsprogramme eingeführt. Darin wurde auch der Landwirtschaft eine neoliberale Schocktherapie verordnet. In der Praxis bedeutete dies, daß die staatlichen Programme zur Kreditförderung und technischen Beratung gestrichen und die Agrarreformprozesse gestoppt wurden.

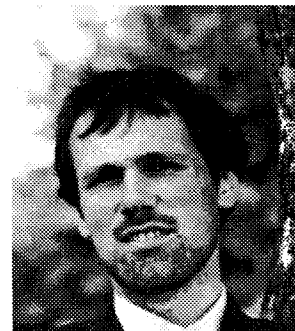
Mit den Strukturanpassungsprogrammen wurden die Außenzölle gesenkt. Die vollkommen antiliberalen Dumpingexporte der EU und USA konnten die relativ weitgehend liberalisierten Importbarrieren ohne Schwierigkeiten überwinden. Die Grundnahrungsmittelproduktion in vielen armen Ländern fiel in sich zusammen. Die Welternährungsorganisation FAO bezeichnet heute 82 Staaten als „einkommensarme Nahrungsdefizitländer“. In diesen Ländern, die immer abhängiger von Nahrungsmittelnimporten werden, diese aber nicht auf die Dauer finanzieren können, leben heute 3,5 Milliarden Menschen. Das sind 60 Prozent der Weltbevölkerung. Die meisten der derzeit auf 840 Millionen geschätzten chronisch unterernährten Menschen leben in diesen Staaten. In dieser dramatischen Situation liegt

zweifelloos eine der größten Bedrohungen für die Ernährungssicherheit weltweit.

## „Die andere Eroberung“

Diese Entwicklungen sind für die kommenden Agrarverhandlungen in der Welthandelsorganisation WTO von großer Bedeutung. Ende 1999 soll die nächste Runde starten. In den bisherigen Verhandlungsrunden unter dem Dach des GATT haben das völkerrechtlich garantierte Menschenrecht auf Nahrung, die Ernährungssicherheit und die Perspektive der bäuerlichen Landwirtschaft keine nennenswerte Rolle gespielt. Vielmehr hat die vollkommen unausgewogene Weltmarktorientierung der Agrarpolitiken sowohl im Süden wie im Norden der Welt zur Krise der bäuerlichen Landwirtschaft beigetragen. „Die andere Eroberung“ setzt sich ausführlich mit den Agrarexportpolitiken der EU und USA auseinander und zeigt am Beispiel mehrerer Länder den „trojanischen Geschenk-Charakter“ dieser Wettbewerbspraktiken auf. Das Buch führt ein in die Grundlagen der internationalen Agrarhandels- und Nahrungsmittelhilfeordnung. Abschließend werden Vorschläge vorgelegt für eine Agrarhandelspolitik, die ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen gegenüber dem Recht auf Nahrung respektiert und die auf die Förderung einer bäuerlichen Landwirtschaft ausgerichtet ist, statt diese zu bedrohen.

Martin Wolpold-Bosien



## Das Buch:

„Die andere Eroberung“ von Martin Wolpold-Bosien ist in Zusammenarbeit mit der Menschenrechtsorganisation FIAN im Abl-Verlag erschienen, dort zu bestellen und kostet 26 DM.

Zum Autor: Martin Wolpold-Bosien ist Politikwissenschaftler und arbeitet im internationalen Sekretariat von FIAN in Heidelberg.

Weitere Informationen: FIAN-Deutschland, Overwegstr. 31, 44625 Herne, ☎ 02323-490099, Fax: 02323-490018, Email: fian@home.ins.de

## Was ist FIAN? Was macht FIAN?

FIAN ist die internationale Menschenrechtsorganisation, die sich weltweit für das Menschenrecht auf Nahrung einsetzt. Sie wurde 1986 gegründet und hat heute Mitglieder in 50 Ländern auf allen Kontinenten. FIAN (FoodFirst Informations- & Aktions-Netzwerk) ist eine der wenigen Menschenrechtsorganisationen, die sich mit Beraterstatus bei den Vereinten Nationen für die Verwirklichung der sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechte einsetzt.

FIAN hilft Menschen, deren Recht auf Nahrung verletzt wird. Vom Hunger bedroht sind vor allem Landlose, Bauernfamilien, indigene Völker, Nomaden und Fischergruppen. Besonders gefährdet sind die Frauen und Mädchen in jeder dieser Gruppen. FIAN arbeitet auf Anfrage von Betroffenen, wenn sie durch Landraub, Großprojekte, Nahrungsmitteldumping oder Vertreibung in die Gefahr geraten, ihre Lebensgrundlage zu verlieren.

FIAN unterstützt diese Gruppen durch internationale Protestbriefaktionen, an denen sich alle FIAN-Mitglieder beteiligen können. Lokale FIAN-Gruppen leisten langfristige Bildungs- und Fallarbeit. Nationale Sektionen in Europa, Lateinamerika, Nordamerika und Asien koordinieren internationale Kampagnen. Zusammen mit der brasilianischen Landlosenbewegung und der Landpastoral führen derzeit FIAN und das weltweite Bauernbündnis La Via Campesina eine Kampagne für die Agrarreform in Brasilien durch.

FIAN-Aktionen haben Erfolg. Viele Beispiele der vergangenen Jahre haben gezeigt, daß die Menschen, die um ihr Recht auf Nahrung kämpfen, durch FIAN Aktionen eine wichtige Unterstützung erhalten haben. Etwa durch die erfolgreiche Kampagne gegen das Dumping europäischer Rindfleischüberschüsse nach Westafrika. Zusammen mit anderen Organisationen konnte FIAN erreichen, daß die EU ihre Exportsubventionen stark reduzierte und so die Sahel-Nomaden ihre bisherigen Absatzmärkte wieder zurückgewinnen konnten.

## „Kritische Teilnahme an der AbL“

Zum Leserbrief von Frieder Thomas in der Bauernstimme 3/99

Die Antwort von Frieder Thomas auf meinen Leserbrief in der Februar-Ausgabe kann so nicht stehen bleiben, da sie unfaire Unterstellungen enthält.

So ist es zwar richtig, daß ich zum ersten Mal auf einer AbL-Mitgliederversammlung gewesen bin. Diese Tatsache bedeutet aber keineswegs, daß ich „in letzter Zeit nicht besonders aktiv“ gewesen sei, wie er es einfach unterstellt. Oder glaubst Du etwa, man könne nur innerhalb der AbL-Organisationsstruktur für die ökologische Veränderung in Gesellschaft und Landwirtschaft kämpfen?

Meine Lebensgefährtin und ich wenden nämlich ständig viel Mühe und Arbeit für solche Veränderungen in unserem Umfeld auf. Im Stadtrat, Kreisumweltausschuß und anderen Gremien haben wir uns für AbL-Ziele eingesetzt und bringen diese ständig Schulklassen und auch erwachsenen Besuchern auf unserem Hofe nahe; neben der Arbeit auf unserem Hof haben wir eine dezentrale Kompostanlage mit aufgebaut; mit diesem Kompost

werden Versuche zur Bodenverbesserung im Wald (statt Kalk) durchgeführt, die dank Thomas Griese jetzt im Staatsforst wiederholt werden.

Deshalb ist es auch eine unsaubere Unterstellung, wenn Du schreibst, ich hätte einfach eine lange „Auflistung“ von Forderungen nach Rheda-Wiedenbrück geschickt mit der Aufforderung „nun macht mal schön.“ Wir machen also selbst schon „so schön“ wie wir nur können, und es ging in meinem Leserbrief auch überhaupt nicht um eine Liste x-beliebiger Forderungen, sondern darum, daß überlebenswichtige Handlungsfelder wie Klima oder Wald bei der AbL gar nicht mehr vorkommen.

Ich habe auch nicht allgemein vor der „machtlosen Politik“ gewarnt, wie Du es unterstellst, sondern ausdrücklich vor der machtlosen und tendenziell korrupten Parteipolitik! Woche für Woche zeigt sich deren Unfähigkeit zur Veränderung des lebensgefährlichen Status quo deutlicher, oder etwa nicht? Politik aber ist viel

mehr als Parteipolitik. Sie umfaßt z. B. auch außerparlamentarische Arbeit, praktische Projekte oder auch Arbeit mit Kindern.

Gerade wegen des beschämenden Scheiterns der grünen Parteipolitik, gerade auch gegenüber unseren AbL-Zielen, wollte ich die AbL als Opposition stärken, denn Opposition und auch Agraropposition ist in meinen Augen jetzt nötiger denn je. Deshalb kann zuviel „Regierungsnähe“, also auch die Nähe zu Fischer, Funke, Schröder für die AbL tödlich sein. Nicht also Faszination an der „Nähe zur Macht“ hat mich zur Mitgliederversammlung gebracht, sondern Sorge um die negativen Auswirkungen dieser Nähe.

Frieder Thomas beklagt die fehlende Mitarbeit und Aktivität der Regionalgruppen. Wenn er eine solche Mitarbeit der „Basis“ will, muß er aber auch bereit sein, die Basis in Diskussionen und Entscheidungsprozessen mit einzubeziehen. Daß dies erwünscht ist, den Eindruck

vermittelten weder der fast diskussionslose Ablauf der Mitgliederversammlung, noch der kritikabwehrende Leserbrief von Frieder Thomas.

Vielleicht hängt ja die „neue Regierungsnähe“ damit zusammen, daß an der Basis keine Begeisterung mehr aufkommt und daß sich die beklagte „Lethargie“ ausbreitet. Daß mehr „hauptamtliche“ Mitarbeiter neue Mobilisierung erreichen können ist pure Illusion, siehe Gewerkschaften, Kirchen, grüne Partei.

Die Defizite sind nicht organisatorischen, sondern inhaltlichen Ursprungs. Frieder Thomas freut sich also nicht, daß neue Leute auf der Mitgliederversammlung erscheinen, sondern er verdächtigt sie ohne Grund, die neue Nähe zur „Macht“ ziehe sie an. Er freut sich nicht über ernstgemeinte kritische Teilnahme an der AbL, er fühlt sich getroffen und wehrt alles ab. Er fordert die Mitarbeit der Basis und will diese aber gleichzeitig möglichst unkritisch haben.

Daß dieses Kunststück nicht funktionieren kann, erfahren im Augenblick sehr schmerzlich die Regierungsgrünen. Da braucht die AbL diesen schlechten Film bei sich doch wirklich nicht zu wiederholen. *Lothar Gothe, 51702 Bergneustadt*

## Gentechnik-Fetischisten als Versuchskaninchen einsetzen

Leserbrief zu „Gen-Kartoffeln wohl doch giftig“ in Bauernstimme 3/99

Ich habe mit großem Interesse in der letzten Ausgabe den Beitrag „Gen-Kartoffeln wohl doch giftig“ gelesen und möchte den Befürwortern der Gentechnik im Lebensmittelbereich folgenden Vorschlag unterbreiten: Den angeblich erfolgreichen Fütterungsversuchen mit Ratten und Mäusen soll eine weitere, mehrjährige Versuchsphase mit Menschen folgen. Als Versuchskaninchen sollen Politiker, Repräsentanten der an der Gentechnik interessierten Industrie und Wissenschaftler verwendet werden, die von der Unbedenklichkeit genmanipulierter Nahrungsmittel überzeugt sind. Um ein signifikantes Versuchsergebnis zu bekommen, sollten möglichst viele Personen an diesem Unbedenklichkeitsversuch teilnehmen. Ich würde dazu flächendeckend alle Kantinen der Landtage, des Bundestages, der Bundesregierung, des Europaparlaments und sonstiger Einrichtungen empfehlen, die an genmanipulierten Nahrungsmitteln interessiert sind. Um bei einem solchen Fütterungsversuch jegliche Manipulation auszuschließen, z.B. daß sich der Versuchspersonen an der Kantine vorbeidrücken und ihren Hunger mit mitgebrachten Butterbrot stillen, soll in jeder Kantine eine aus Gentechnik-Befürwortern und -Gegnern bestehende Kommission die tägliche Einnahme der genmanipulierten Menüs überwachen. Das würde zwar bei einer Versuchsdauer

von etwa 5 Jahren einige Kosten verursachen, müßte den Politikern aber mindestens soviel wert sein wie das Einziehen der doppelten Ohrmarken bei Rindviechern, was europaweit auch einige hundert Millionen Mark kostet und den Viechern außerdem noch Schmerzen bereitet.

Daß Wissenschaftler, die von der jeweils herrschenden Klasse abweichende Meinungen und Erkenntnisse vertreten, oftmals beruflich kaltgestellt oder gar verfolgt werden, ist nicht neu. Man denke nur an Galilei oder Kopernikus. Auch Aufdecker von Skandalen oder Korruption leben oft sehr gefährlich, wie die Ermordung eines belgischen Tierarztes durch die Fleischmafia oder die Suspension eines Holländers durch die EU-Kommission oder der versuchte Rauschmiß eines Kammerbediensteten der Landwirtschaftskammer in Kärnten durch Präsident Wutscher zeigt, weil er sich in einem Gerichtsverfahren gegen einen beratungsgeschädigten Landwirt als Zeuge der Wahrheit verpflichtet fühlte. Dagegen nimmt sich die nächtliche Brandstiftung meines PKW durch „gute Freunde“ noch harmlos aus. Auch ein hochqualifizierter Mitarbeiter des Ex-DBV-Präsidenten Heereman mußte vor Jahren seinen

Dienst quittieren, weil er nicht ganz auf der Linie des Präsidenten lag. Die „Freistellung“ kostete den WLV (Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverband) zwar eine schöne Stange Geld, aber der Herr setzte sich gegen seinen Knecht durch.

Nichts gegen Wissenschaft und Forschung, wenn sie der Menschheit zur Lösung von Problemen dienen, die Geldprobleme der Milliardäre ausgenommen. Die Genmanipulation an Nutzpflanzen und Tieren hat sich meines Erachtens heute schon selbst disqualifiziert, weil sie mit Argumenten begründet wird, die längst widerlegt sind (Bekämpfung des Hungers in der Welt, Einkommenssicherung der Bauern durch Kosteneinsparung, Unbedenklichkeit für die Gesundheit des Menschen). Die Chemiekonzerne haben neben

sinnvollen Produkten auch schon manche Medikamente, Konservierungs- und Imprägnierungsmittel entwickelt und verkauft, die sich später als tödliches Gift herausgestellt haben und heute verboten sind. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis der Nachweis der Gefährlichkeit erbracht werden kann. Ich lehne die Genforschung nicht generell ab. Zur Bekämpfung von Krankheiten wie Krebs, Aids, multiple Sklerose, Parkinson, Herzinfarkt usw. halte ich sie für sinnvoll. Aber in der pflanzlichen und tierischen Produktion halte ich sie für überflüssig. Zu verdächtig sind die Argumente der damit befaßten Chemiekonzerne in aller Welt, daß mit der Gentechnik in erster Linie ihre Gewinne gesteigert werden sollen, und nicht die Volksgesundheit. *Kurt Possegger, Neuss*



## Agenda 2000 – Statt Jammern Chancen erkennen?

Leserbrief zur Reform der EU-Agrarpolitik

Im wesentlichen ist die Agenda 2000 unter Dach und Fach. (...) Ich denke, die Auswirkungen sind nicht so bedrohlich wie vom Bauernverband dargestellt. (...) Die vielen vom Verband organisierten Demonstrationen sind zwar lautstark, werden aber von den Menschen kaum verstanden.

Das ändert nichts daran, daß durch die Preissenkungen ein falsches Signal an die Menschen getragen wird. Es ist absurd, wenn Milch billiger als Wasser ist, wenn eine Tonne Weizen halb so teuer ist, wie eine Tonne Müll zu entsorgen! **Es ist unmöglich, bäuerliche Arbeit auf diese Art abzuwerten!**

Die tägliche fleißige Arbeit: am Lebendigen, an der Bodenfruchtbarkeit, am Humusaufbau; die Pflege von Tieren, die Pflege der Landschaft – ist nichts wert. Die Arbeit in: Bürokratie, Verwaltung, Handel und Bank, Politik, Wissenschaft – ist wertvoll! **Das ist der falsche Impuls, der durch die bürokratische Agenda 2000 gesetzt wird!**

Wenn ich dennoch positive Ansätze in der Agenda sehe, so sind es Korrekturen, die in die richtige Richtung gehen. EU-Agrarkommissar Fischler hat, kurz nachdem das Agrarpaket geschürt war, bei der 100-Jahrfeier der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe gesagt, daß es in Zukunft nicht nur für Silomais, sondern ebenso für Gras und Klee gras eine Flächenprämie gibt. – Es war absurd, daß bisher Futterbaubetriebe in hängigen und benachteiligten Gebieten nur wegen der Prämie Mais anbauten, statt Feldgras. Es ist bekannt, daß Mais ein großer Humusräuber ist und der Boden stark erosionsgefährdet ist; Mais bedeckt den Boden, ander als Gras, nur wenige Monate.

Also erfreulich: eine neue Fördermaßnahme, die dem Humusgehalt unserer Böden guttut und damit der Bodenfruchtbarkeit selbst. Das bringt mehr Segen für das Land als viel Forschen und Vermarkten.

**Doch:** Diese Grasprämie soll nach anderen, neuen Informationen nur für Skandinavien gelten, weil man da kein Silomais anbauen kann. **Das wäre ein Skandal und benachteiligt ökologische und in benachteiligten Regionen wirtschaftende Futterbaubetriebe aufs Neue.** Die nationalen Regierungen sind aufgefordert, diese unglaubliche Fehlentscheidung zu korrigieren.

Gestärkt werden sonst nur noch direktermarktende Betriebe, und solche Höfe verbessern bekanntlich wesentlich das Vertrauen zwischen Bauern und Verbrauchern.

Weitere Chancen liegen in der Stärkung der 2. Säule (siehe Kommentar letzte Bauernstimme). Es liegt dabei am Landwirt selbst, sich unternehmerisch und marktorientiert an den regionalen Vermarktungsprogrammen oder Kulturlandschaftsprogrammen zu beteiligen. Die Landwirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen und anderswo bietet da gute Möglichkeiten.

Wer sich allerdings nur darauf beschränkt, immer mehr Schweine, immer mehr Getreide an der Genossenschaft abzukippen und wegen sinkender Preise zu demonstrieren, der wird dies voraussichtlich bei der nächsten Agenda auch noch tun. Unternehmerisch bewegliche Landwirte, am Markt und am Kunden orientiert, schaffen Arbeitsplätze und haben auch mit der Agenda eine Chance.

Gyso von Bonin, Landwirt  
in 59602 Rütten-Körtlinghausen

## Selbstvermarktung?

Zuschrift als Begründung einer Abo-Kündigung

Als konventionell wirtschaftender Bauer auf einem 100 ha Marktfruchtbaubetrieb im Rheinland (60 % Getreide, Rest Kartoffeln und Z-Rüben), viehlos, hoher Anteil an Pachtflächen und viel zu hohe Pachten, kämpfe ich ums Überleben.

Nun muß ich leider mit ansehen, wie die deutsche Bauernschaft in zwei Lager geteilt wird: auf der einen Seite die Konventionellen, auf der anderen die Ökologischen. Herausragender Anführer dieser Bewegung scheint mir Herr Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf zu sein. Stolz präsentiert sich Herr Graefe zu Baringdorf im Fernsehen und erklärt *seinen von ihm selbst bewirtschafteten* 40 ha Öko-Betrieb – mit Selbstvermarktung – zum Maßstab für die deutsche Landwirtschaft.

Mir stellt sich die Frage, wie Herr Baringdorf jeden Morgen um 5 Uhr von Brüssel zu sei-

nem Hof kommt, die Kühe melkt, dann zurück nach Brüssel, Sitzungen, um 11 Uhr wieder auf den Hof, denn der Hofladen muß ja geöffnet werden usw. *Wie macht er das?*

Auf der anderen Seite fällt mir ein, ich könnte meinen 100 ha Betrieb bestimmt ganz gut auf ökologischen Anbau umstellen, wenn ich das Gehalt eines Brüsseler EU-Abgeordneten hätte. Das ist dann auch gleichzeitig die Lösung des Europäischen Agrarproblems: Alle Bauern beziehen Abgeordnetenbezüge und wirtschaften im Gegenzug ökologisch mit Selbstvermarktung. Herr Baringdorf ist jetzt schon 7 Jahre in Brüssel, warum hat er diese von ihm entwickelte Lösung nicht schon früher bekanntgemacht? Und sie funktioniert sogar noch ohne Selbstvermarktung.

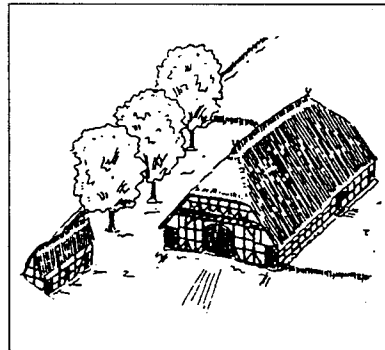
Karl-Matthias Berk, 50374 Erfstadt-Erp

## Unser Schlachter

Er war ein kleiner, feiner Mann. Er hatte nichts, aber auch gar nichts von der Sorte Schlachter, die man immer auf Zeltfesten trifft – jene fetten, rotgesichtigen Haudegen, die einen nach dem Namen fragen und sofort zuschlagen, wenn ihnen die Antwort nicht gefällt. Nicht so unser Schlachter. Er war hager und hakennasig, und auf dieser Nase saß eine kleine Nickelbrille. Er sah aus wie eine Kreuzung aus John Lennon und Mahatma Gandhi. Immerzu trug er einen weißen, wehenden Kittel. Man konnte ihn fast mit unserem Landarzt verwechseln. Böse Zungen behaupteten, es käme gar nicht so drauf an, ob Arzt oder Schlachter – die Behandlung habe ohnehin das gleiche Ergebnis. Gewiß kein Lob für unseren Arzt...

Ein besonderes Ereignis war es, den Verhandlungen zwischen dem Schlachter und meinem Vater zuzusehen. Welch eine atemberaubende Choreographie! Wozu überhaupt ins Ballett gehen? Das war ein Tanz über den Hof, im Wechselspiel zwischen Annäherung und Wiederentfernen, zwischen Nähe und Distanz. So balzten sie im Kreis herum, um einen imaginären Mittelpunkt, der Einigung hieß. Einem festen Ritus folgend, hoben sie die Hände, wandten sich ab, schimpften, fluchten, sangen, flüsterten und riefen, daß es eine Freude war. Es konnte Wochen dauern, bis sie sich einig waren. Dann beendete der Handschlag den Handel, der Deal war unter Dach und Fach. Der Schlachter hatte übrigens den zweifelhaften Ruf, nur zögerlich oder überhaupt nicht mit dem Geld rüberzukommen. Bei

uns machte er eine Ausnahme, die mein Vater mir zu verdanken hatte. Als Schlachter Gandhi nämlich eines Tages nur eine spärliche Anzahlung leisten wollte, saß ich gerade unter dem Stubentisch und spielte mit einer Kneifzange, die ich dann in der Wade des Schlachters ausprobierte. Ein Aufschrei, ein Griff in die Brieftasche, und mein Vater hatte das Geld. Von jenem Tag an brachte der Schlachter mir bei jedem Be-



... aus der holsteinischen Schweiz

such ein Eis mit, um mich milde zu stimmen.

Bis ins hohe Alter war der Schlachter aktiv, obwohl seine Sehkraft deutlich nachgelassen hatte, fuhr er noch immer mit seinem alten Ford Kombi, die Rückbank umgeklappt, hinten drin große Fleischwannen aus weißem Plastik. Sah er Radfahrer oder Fußgänger, hupte er mehrfach, damit sie sich in acht nehmen konnten. Zum Schluß konnte er kaum noch gucken und fuhr vorsorglich dauerhupend durchs Dorf. Niemals ist etwas passiert; wenn er kam, sprang einfach alles in den Graben. Die Kinder des Dorfes erfanden das Schlachterspiel: Einer war der Schlachter und versuchte, laut klingelnd die anderen Gören mit dem Rad zu erwischen.

Ein anderer beliebter Zeitvertreib war das MHD-Spiel, dessen Ziel es war, im kleinen Lebensmittelraum des Schlachterladens jenen Artikel zu finden, dessen Mindesthaltbarkeitsdatum am längsten zurücklag. Meist war der Sieger allerdings nicht festzustellen, weil so viele Artikel vor Einführung des MHD-Aufdrucks in diesen Raum hinein- und niemals wieder hinausgelangt waren.

Wie dem auch sei, die Würstchen, die der Schlachter machte, waren ein Gedicht, die besten weit und breit. Wenn es im Dorf brannte, kam er im Auftrag des Bürgermeisters oft noch mit einem großen Bottich voller Bockwürste vorbei. Nur mit Mühe konnte der Wehrführer seine Feuerwehrmänner dann davon abhalten, die Löscharbeiten für sinnlos zu erklären und einstweilen einzustellen, um sofort den Würsten zu widmen.

Tja, das alles ist vorbei. Schlachter wurde krank und starb. Und jetzt hat unser Dorf keinen Schlachter mehr.

## Die Auswanderer

Vor 150 Jahre flüchten Bauern aus Europa in die Neue Welt

### Die Siebtelbauern

Ein Kinofilm besonderer Klasse. In einem oberösterreichischen Bauerndorf wird ein familienloser herrischer Bauer von einer Fremden ermordet. Schon auf der Beerdigung teilen sich die mächtigen „Groß“-Bauern selbstherrlich Hof und Land untereinander auf. Doch der Tote hat es ihnen nicht vergönnt – das verlesene Testament vermacht alles den 10 Knechten und Mägden des Ermordeten. Eine Situation, die nie gedacht worden ist. „Ein Knecht kann kein Bauer sein“, sagt der Erste Knecht selbst und bieder sich den Altbauern an, zwei andere verschwinden. Magd Emmy (Sophie Rois) dagegen spürt zum ersten Mal das Leben in sich und läßt es sprudeln; erkennt die Chance, ergreift sie und ermuntert die Verbliebenen. Die 7 Mägde und Knechte werden Bauern, gemeinsam. Das hält das Dorfleben und Denken der Altbauern nicht aus, schnaufend beginnt das Gewitter ihrer Gewalt (die aber nicht effekthaschend inszeniert ist). Gleich, wie es endet, die Mägde und Knechte sind frei. – Ein spannender und trotz allem heller Film. („Die Siebtelbauern“, Buch & Regie: Stefan Ruzowitzky). uj

Es muß ein Erntejahr wie das letzte gewesen sein mit Kälte, Nässe, dauern dem Regen, schlechten oder gar keinen Erträgen, als die schwedische Bauersfamilie Karl-Oskar und Kristina Nilsson mit ihren kleinen Kindern Ende des Jahres 1849 den Entschluß fassen, nach Amerika auszuwandern. Diese Geschichte erzählt Vilhelm Moberg in dem Roman „Die Auswanderer“, Band 1 und Band 2 „In der Neuen Welt.“ Der Roman gehört sicher zu den großen Werken der Weltliteratur und ich gestehe, daß mich die Geschichte, gerade mit aktuellem Blickwinkel gelesen, fasziniert hat. Vilhelm Mo-

bergh verhöhnt von den Daheimgebliebenen und als gefährliches Abenteuer unter dem Himmel der Ungewißheit und im Zeichen der Kühnheit begonnen.“

Die Auswandererwelle erfaßte ganz Europa, Irland insbesondere aber zum Beispiel auch über 200.000 Menschen aus meiner westfälischen Heimat.

Moberg beschreibt eindringlich Not und Entbehrung der 10-wöchigen Überfahrt. Während die Auswanderer als Bauern gewohnt waren, sich frei auf der Erde zu bewegen, sind sie nun in ein enges und stickiges Schiff eingezwängt und zum Nichtstun verurteilt. In dem Schlüsselka-

scher der Vögel. Als unvermittelt ein Vogel an Bord auftaucht, wird er trotz eigenen Hungers gefüttert und umsorgt, als hinge davon das Überleben ab. Das ist vordergründig irrational und enthält doch ein Stück tiefe Wahrheit.

In der Neuen Welt erwartet die Auswanderer, die jetzt Einwanderer (oder bösarig: Wirtschaftsflüchtlinge) sind, niemand. Auf sich allein gestellt und mit Freiheitswillen und nicht versiegender Zuversicht besiedeln sie in Minnesota ein Stück Land und errichten rechtzeitig vor Wintereinbruch ein Blockhaus, das Basis für die Farm wird.



berg schildert die Not, aber auch die Unterdrückung der schwedischen Landbevölkerung Mitte des letzten Jahrhunderts. Staat und Kirche verfolgen alles Abweichende mit Härte und Gnadenlosigkeit (u.a. Prügelstrafe gegen das Gesinde). Hinzu kommt die materielle Not. Durch die Mißernte des Jahres 1849 kommt es zur Hungersnot. An den mittelbaren Folgen stirbt die älteste Tochter. Das macht den Entschluß zur Auswanderung endgültig. In der Einführung heißt es dazu treffend:

„Die ersten Auswanderer wußten wenig von dem Lande, das sie erwartete. Und sie konnten nicht wissen, daß nach ihnen über eine Million Menschen aus der Heimat kommen sollten. Sie konnten nicht wissen, daß hundert Jahre später ein Viertel ihres eigenen Volkes in dem neuen Lande ansässig sein würde und das ihre Nachkommen dort mehr Ackerland bebauen sollten, als es zur gleichen Zeit in ganz Schweden gab. Sie konnten nicht ahnen, oder erraten, daß ein bestelltes Land, das größer war als ihr altes, die Folge und Frucht ihres Unternehmens sein würde – tastend und gewagt, getadelt und

pitel „Bauern auf dem Meer“ wird die Entfremdung zur gewohnten Natur zur Qual: Es wird Frühling, aber auf dem Meer grünt nichts, blüht nichts, riecht nichts nach Frühling. Allein die laue Luft zeigt den Wechsel der Jahreszeit an und weckt zugleich die Sehnsucht nach Pflanzen und Tieren, nach dem Geruch umgepflügter Erde und dem Frühlingsgezwit-

Im Herbst wird schließlich der dritte Sohn der Nilssons geboren. Mit der Geburt erhält er die amerikanische Staatsbürgerschaft – neben der schwedischen. Doppelpaß also – in den USA vor 150 Jahren – und mit Einschränkungen eines Tages auch bei uns. *Thomas Griese*

Die Auswanderer & In der Neuen Welt. (2 Bände) V. Moberg, Claassen Verlag, jeweils 48 DM.

## Bananen für Brüssel

Von Lobbyisten, Geldvernichtern und Subventionsbetrüger

Ein Streifzug durch den Dschungel der Europäischen Agrarpolitik und der EU-Bürokratie. Mit zahlreichen Beispielen für das systematische Abzocken von Subventionen und den Einfluß von Lobbyisten, für den Normierungs- und Regelungswahn der EU, für fehlende Kontrollen und die Verschwendung von Steuergeldern, für eine Politikausrichtung zu lasten von Bauern, Verbrauchern, Tiererschutz und Umwelt. Fassungslos steht der Leser vor den Schilderungen aus dem Brüsseler Nähkästchen: Hochsubventio-

nierte Kläranlagen in Südeuropa, die ohne Stromanschluß funktionslos verrotten, die Förderung des Exportes von Zuchtkaninchen auf die Kanarischen Inseln, Flächensubventionen an die RWE-Tochter Rheinbraun für Rekultivierungsflächen im Braunkohleabbau bei Garzweiler, Fördermittel für die Züchtung von Seidenraupen, und, und, und... *en*

Bananen für Brüssel – Von Lobbyisten, Geldvernichtern und Subventionsbetrüger. V. Angres, C.-P. Hutter, L. Ribbe, Droemer-Verlag, München 1999, 320 Seiten, 39,90 DM.



# Forschung für Agrarlandschaften

Wie sieht die Zukunft des ländlichen Raumes aus? Wie können Agrarlandschaften auf regionaler Ebene umweltgerecht gestaltet und bewirtschaftet werden? Welche Verfahren und Methoden sind zu entwickeln, die die Interessen der verschiedenen Nutzer in einer Agrarlandschaft integrieren und langfristig deren Handlungen auf eine umweltschonende Landnutzung hinführen? Fragen, die das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) im Jahr 1997 dazu veranlassten ein Forschungs- und Entwicklungsvorhaben mit dem Namen „Ökologische Konzeptionen für Agrarlandschaften“ auszuschreiben. Die AG Ländliche Entwicklung am Fachbereich Stadt- und Landschaftsplanung der Gesamthochschule Kassel hatte die Gelegenheit, in einer sogenannten Definitionsphase neben fünf weiteren Forschungsgruppen einen ausführlichen Antrag zu stellen und dabei erste eigene Fragestellungen und Forschungsinhalte zu entwickeln. Die Projektmitglieder gingen dabei von der Kernthese aus, daß Antworten auf die ökologischen Probleme der Agrarlandschaften nicht unabhängig von sozialen Fragestellungen gefunden werden können. In einem Forschungsverbund (die AG Ländliche Entwicklung zusammen mit der AG Landschaftsökologie und Bodenkunde und dem Fachgebiet Ökologischer Landbau, alle Gesamthochschule Kassel) wurden zwei Modellregionen als



Eckpunkte der Landwirtschaftsentwicklung in Deutschland ausgewählt: einerseits Extensivierung bis Produktionsaufgabe, andererseits Intensivierung und Spezialisierung. Eine andere Charakterisierung der Regionen spiegelt sich in Begriffen wie ertragreich und ballungsraumnah für den Landkreis Wetterau und ertragsschwach und ballungsraumfern für den Landkreis Waldeck Frankenberg. Ansatzpunkt der Forschungsgruppe sind die landwirtschaftlichen Betriebe als die wichtigsten Entscheidungsträger der Agrarlandschaftsgestaltung. In einer gemeinsamen Auseinandersetzung (Diskurs) der direkten und indirekten Flächennutzer (Landwirte, Touristen, Wasserwerke, Verbraucher u.a.) soll eine regional angepasste, neue Landbaukultur entwickelt werden, die auch den Bedarf der StäSdte mit einbezieht. Obwohl die Antragsphase letztlich nicht in ein fortführendes Forschungsprojekt mündete, hat die einjährige Entwicklungsarbeit Einsichten und Erkenntnisse gebracht, die es sich lohnt möglicherweise an anderer Stelle und in einem anderen Kontext zu bearbeiten. Vor diesem Hintergrund hat die Arbeitsgruppe die Ergebnisse in Kurzform zusammengefasst und im aktuellen Heft 43 der „arbeitsergebnisse“ dokumentiert.

arbeitsergebnisse Nr. 43, AG Ländliche Entwicklung der GhKassel, 9 DM. Zu beziehen im AbL-Verlag.

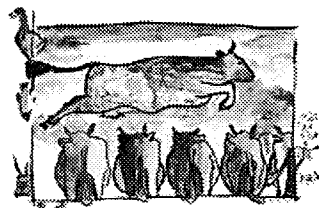
## AbL DRUCKSACHEN

### Kraut und Rüben Cartoons zur Landwirtschaft von Much

Mit viel Sympathie für „alles Bäuerliche“ und für die Menschen auf dem Lande, aber auch mit scharfem Blick für ihre Eigenheiten und „Macken“, begleitet seit Jahren der österreichische Zeichner 'Much' die Ereignisse in und um die Landwirtschaft. Seine Cartoons sind fester Bestandteil der Zeitung der Österreichischen Bergbauernvereingung – und auch aus der Bauernstimme nicht wegzudenken. Für das Buch wurden sie in elf Themenfelder gegliedert, in die kurze Texte von Franz Rest einführen: Bauer sein, Agrarpolitik, Erwerbsalternativen und Einkommenskombinationen (Much: „zweimal arbeiten um einmal leben zu können“), Bäuerinnenleben,



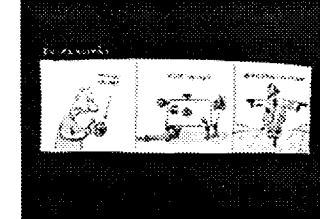
Rund um die Milch, Landwirtschaft und Umwelt, Biologischer Landbau, Die Segnungen der Gentechnik, Der Weg in die Europäische Union, Auswege und Aussichten. Ein Buch, das man immer wieder gerne zur Hand nimmt, auch wenn einem an manchen Stellen ob des exakt getroffenen „richtigen Lebens“ das Lachen oder Schmunzeln im Halse stecken bleibt. Herausgegeben von Franz Rest, Österreichische Bergbauernvereingung, 2. Auflage 1996, 140 Seiten, 29,80 DM



### „Viele Kühe“ Edition Bauernstimme

Zwei Cartoons von 'Much', zwei Photos von Jörg Beulke und vier farbige Variationen einer Zeichnung von Wilfried Plümpe; daraus wurden acht Postkarten zum Thema Kuh: bunt, witzig, einfach schön. Wir stellen die Postkarten auch nach Ihren ganz persönlichen Vorlieben zusammen! Acht verschiedene Postkarten im Päckchen, 10 DM, Zehn Päckchen 70 DM

**Alpenglühén**  
Postkarten von der Alp  
Wunderschöne Motive mit Kühen, Käsen, KäserInnen hat Martin Bienerth, langjähriger Älpier, für eine Serie von 32 Postkarten eingefangen. Sie würden ein stimmungsvolles Bilderbuch von Arbeit und Leben auf den Dächern Europas füllen und eignen sich bestens um bäuerliche Grüße zu verschicken. Alle 32 Motive 32 DM, Ansonsten gibt es 4 Motivsets (bitte angeben: A, B, C, D.) mit jeweils acht Karten für jeweils 10 DM.



**Bestellcoupon für Bucherobertungen**

Ich bestelle:

.... Expl. Der kritische Agrarbericht '99 für 36 DM \_\_\_\_\_ DM

.... Expl. der folgenden Ausgaben des kritischen Agrarbericht '93 bis '99 \_\_\_\_\_ DM

zum Sonderpreis im Paket: \_\_\_\_\_ DM

(2 Ausgaben 60 DM; 3 Ausgaben 80 DM; 4 Ausgaben 100 DM; 5 Ausgaben 110 DM; 6 Ausgaben 120 DM, 7 Ausgaben 130)

.... Expl. Die andere Eroberung, 26 DM \_\_\_\_\_ DM

.... Expl. arbeitsergebnisse Nr. 43, 9 DM \_\_\_\_\_ DM

außerdem: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Zahlung  nach Erhalt der Rechnung  mit beiliegendem Scheck

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos

Porto 5,- DM

Summe \_\_\_\_\_ DM

Konto-Nr. \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_

Name \_\_\_\_\_ Adresse \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Bestellung an: AbL Bauernblatt Verlag-GmbH, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

**Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

Private Kleinanzeigen DM 15,-; Gewerbliche Kleinanzeigen DM 25,-; Chiffregebühr DM 5,- Alle Preise inkl. MWSt. Anzeigenannahme bis zum 10. des Vormonats. Anzeigen bis DM 25,- nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von DM 5,- für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen bitte schriftlich an: „Unabhängige Bauernstimme“, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück.

**(Klein) ANZEIGEN****Hof und Arbeit**

● Die Bundes-**ABL** sucht im Rahmen möglicher Kooperationsverträge mit dem Deutschen Entwicklungsdienst oder Dienst in Übersee **Rückkehrerinnen**. Geplante Themenfelder sind u.a. die bevorstehende WTO-Runde, die internationale Bauernbewegung 'La Via Campesina' sowie die Agenda 21. Interessierte melden sich bitte in der ABL-Bundesgeschäftsstelle, ☎ **05242-48476**

● **Paar**: gelernte Physiotherapeutin u. Gärtnergehilfin (Gemüse), 29. J., Führerschein Kl. 3, Fortbildungsabschluss „Ökologin SöH“, und gelernter Gärtner u. Landwirt, Techniker f. ökol. Landbau (Juli 99), 40. J., Führerschein Kl. 3, EDV-Kenntnisse, Auszubereitender, landj. Erfahrung in Ackerbau u. Viehzucht, gute Maschinen- u. Reparatur-Kenntnisse, **sucht gemeinsamen Tätigkeitsbereich** in ökol. wirtsch. Betrieb ab Aug./Sept. 99, gerne mit Wohnmöglichkeit, vorzugsweise in den NBL. Antje Beckmann, c/o Gärtnerei Schönege Meilendorf 20, 85405 Nandelstätt

● **Hofbäckerei** sucht zu sofort oder im Laufe des Jahres jemanden zum Brotbacken. Sa. + So. frei, Wohnraum für 1-2

Personen vorhanden. Evtl. 2. Person mit Hilfe auf dem Hof. **Fax: 0611-9590813**

● **Hofübernahme**: schön geleg. Einzelhof im Berggebiet (1.000 m) des mittl. Schwarzw. Raum Triberg, 9 ha Weidewirtschaft – für Käseerei mit Selbstvermarktung geeignet. Evt. Milchzukauf möglich. Ferienwohnungen im Haus. Eigene Stromversorgung. Anfragen unter **Chiffre 4/99-2**

**Kontakt**

● **Ökobauer**, 35 Jahre, mit kleinem Gemischtbetrieb (Demeter) und Möglichkeit für Hofladen sucht Partnerin. **Chiffre 4/99-1**

**Tiermarkt**

● Verkäufe laufend beste **Arbeitspferde** in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ **07551/63609**

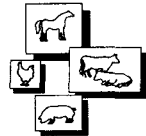
**Geräte und Maschinen**

● Verkäufe **Randstreifenmäher** Schmidt SRM 24, Bj. 91, **Mulag ME 700 f.** MB-trac. ☎ **08702-3913**

**TIERGERECHTER STALLBAU**

Beratung, Planung und Betreuung durch **Unabhängiges Beratungsbüro**

Dipl. Ing. agr. Bodo Bertsch  
Telefon 0551 - 22731



Wir suchen zum 01.05.1999 eine/n

**Auszubildende/n für unsere Landschaftspflege-Schäferei**

Interesse am Naturschutz sowie Wetterfestigkeit sind erwünscht.

Bewerbungen bitte mit Telefonangabe an:

Rendsburger Werkstätten, Fachabteilung für Naturschutz und Landschaftspflege/Marienhof z. Hd. Herrn Strichau, Kronwerker Moor 24768 Rendsburg, Telefon 0 43 31/46 78 - 0, nach 19.30 Uhr: 0 43 35/16 76

**MitarbeiterIn für unsere Direktvermarktung von der Hofgemeinschaft Apfeltraum gesucht:**

Auf 140 ha wirtschaften 10 Menschen nach biologisch-dynamischen Grundsätzen in Ackerbau, Tierhaltung, Hofkäserei, Gärtnerei und Direktvermarktung. Wir vermarkten vorwiegend über Abokisten und Wochenmärkte in Berlin sowie ab Hof. Ab sofort wird ein eigenverantwortlich arbeitender Mensch für das Management unserer verschiedenen Direktvermarktungsstellen gesucht, der Gestaltungsmöglichkeiten und die Integration in eine lebendige Hofgemeinschaft schätzt.

Erfahrungen in Abokistenvermarktung und PC-Kenntnisse sind von Vorteil. Einarbeitung erfolgt.

Bei Interesse bitte melden bei der:

Hofgemeinschaft Apfeltraum, Edith Kirch, Hauptstr. 43, 15518 Eggendorf, ☎ 033432-89841, Fax: 033432-89845

**Veranstaltungskalender****Agenda 2000 – Mit Wachstum aus der Krise?**

29. April 1999, 19.30 Uhr, Gaststätte Grimm Hauptstr. 3, 49424 Goldenstedt, Ldkr. Vechta Vortrags- und Diskussionsabend mit dem ABL-Vorsitzenden F. W. Graefe zu Baringdorf (MdEP). Thema: „Agenda 2000 – Ist Wachstum ein Weg aus der Krise oder Grund für weitere Höfesterben?“ Das Motto des Abends: Zugucken bringt nichts. Schimpfen bringt nichts. Aufgeben bringt nichts. Tun muß man was! Kontakt: Willi Dohemann, ☎ 04253-458; Heike Nordhoff-Felis, ☎ 04444-1279

**Qualifizierung Hanfanbau**

16. April 1999, 10.00 – 17.00 Uhr, Haus Düsse, Bad Sassendorf

Seit der Wiedereinführung des Hanfanbaus 1996 steigen die Anforderungen an den Rohstoff Hanf seitens der verarbeitenden Industrie stark an. Agrarforschung und Faserinstitute arbeiten an Einflußfaktoren und Qualitätsstandards. Verschiedene Anbausysteme werden angewendet, doch wie sieht es mit der Qualifizierung der Hanf-Bauern aus? Das Seminar diskutiert die vorliegenden Erfahrungen und Konzepte, um erste Ansätze von Qualifizierungsmaßnahmen zu erarbeiten. Im Anschluß Mitgliederversammlung des Hanf-Vereins NRW.

Verein zur Förderung des Anbaus u. der Verwertung von Hanf, Daike Lohmeyer, LVA Düsse, 59505 Bad Sassendorf-Ostinghausen, ☎ 02945-989-202

**Tiergesundheit**

12. – 13. April 1999, W.-Kempf-Haus, 65207 Wiesbaden-Naurod

Symposium zu „Verdrängte und vernachlässigte Problemen der Tiergesundheit“. Am 12.04. gehts um Wildtiere, am 13.04. um Ökologische Rinderhaltung und Fische.

Akademie für Tiergesundheit e.V., Pf 260164, 53153 Bonn, ☎ 0228-318293

**Vermarktungskonzept „Farmer's Market“**

14. April 1999, 9.00 Uhr Abfahrt ab Haus des Gartenbaus, Brennerhof 121, Hamburg

Exkursion zum Betrieb von Ernst-Friedrich Baumer bei Elmshorn. Vorgestellt werden die verschiedenen Betriebsstätten mit insg. 1.700 Fleischrindern und das Projekt eines großen „Farmer's Market“ mit Bauernmarkthalle, Landhotel, Restaurant und Handwerkschhof. Exkursion von Ökomarkt e.V. und Hamburger BIG – Bildungs- und Informationszentrum. Anm.: BIG, Ochsenwerder Landscheideweg 277, 21037 HH, ☎ 040-7371130

**Zuchtschweine aus ökologischer Zucht!**

Wir sind seit fünfzehn Jahren ein anerkannter Schweine-Herdzuchtbetrieb und seit vier Jahren anerkannt biologisch wirtschaftend.

Auf unserem 30 ha großen Sonnenhof züchten wir die alte Landrasse Schwäbisch-Hällisches Schwein, das für den ökologischen Landbau besondere Vorzüge mit sich bringt: Genügsamkeit, gte Futtermittelverwertung von Restfüttermitteln, absolute Streßresistenz, Vitalität, hohe Milchleistung, Eignung für den Weidengang, langlebig und beste Fruchtbarkeit. Vorzügliche Fleischqualität mit optimalem Reifeverlauf und Marmorierung, zart, fein und nussig im Aroma. Ideal für die Dauerwurstherstellung mit rind- oder Kuhfleisch durch beste Speckqualität. Für ökologisch wirtschaftende Betriebe geben wir laufend ab:

**Schwäbisch-Hällische Zuchtsauen, hochtragend, auch mit Ferkeln bei Fuß sowie ungedeckte Jungsaunen, Zuchteber und Mastferkel. Auf Wunsch auch direkt von unserer Schweineweide.**

Sonnenhof, Familie Rudolf Bühler, 74549 Wolpertshausen, ☎ 07904-257



SONNEN  
HOF

**Bio-Obstbau**

15. – 16. April 1999, Oase Steinerskirchen Beerenobst, Steinobst, Streuobst – Betriebszweige mit Perspektiven im Biobetrieb? Das Seminar richtet sich an alle, die im ökol. Obstbau einsteigen oder sich ein weiteres Standbein schaffen wollen. Bioland Bayern, Stadtlägerstraße 15, 86152 Augsburg, ☎ 0821-34680-0

**Nachhaltige Ernährung**

16. – 17. April 1999, München, Bürgersall Neuhäuser

Das Öko-Institut Freiburg macht sich auf seiner Jahrestagung auf die Suche nach einer nachhaltigen Ernährung. Fair Handel versus ökologischer Anbau – preiswert oder gesund? Referenten aus Handel, Erzeuger- und Verbraucherverbänden stellen ihre Vorstellung vor. Öko-Institut e.V., Pf 6226, 79038 Freiburg, ☎ 0761-45295-22

**Goldabbau verletzt Menschenrechte**

16. – 18. April 1999, G.-Stresemann-Institut Bonn, Langer Grabenweg 68, Bad Godesberg Ende des 20. Jahrhunderts, wir befinden uns im größten Goldrausch aller Zeiten. Hochtechnisierter Goldabbau im Tagebau bedeutet für Millionen Menschen Landverteilung durch Vernichtung von Lebensraum, Ernährungsgrundlagen und Verseuchung der Umwelt mit Schwermetallen. Das Seminar zeigt die Problematik anhand verschiedener Länderbeispiele; Vertreter aus Industrie, Wissenschaft und Verbänden sind dabei.

FIAN, Overwegstr. 31, 44625 Herne, ☎ 02323-490099

**Mit Verhaltenskodizes für Menschenrechte**

30. April – 2. Mai 1999, Dietzenbach

FIAN-Jahreshauptversammlung mit dem Themenschwerpunkt: „Verhaltenskodizes – Instrumente für die Durchsetzung sozialer und wirtschaftlicher Menschenrechte“. Beispiele: Kodex zum Recht auf angemessene Nahrung, der im Anschluß an den Welternährungsgipfel 1996 in Rom erarbeitet worden ist; und der Verhaltenskodex für sozial- und umweltverträgliche Blumenproduktion. FIAN, siehe oben

**Fisch gegen Hunger?**

26. – 27. April 1999, Bonn, Haus Venusberg Der Maastrichter Vertrag fordert als ein

Grundprinzip der EU-Entwicklungspolitik Kohärenz: Bei allen politischen Entscheidungen, die Entwicklungsländer betreffen können, müssen entwicklungspolitische Ziele berücksichtigt werden. Das Fallbeispiel Fischereipolitik zeigt jedoch, daß die EU durch ihre Fischereiaabkommen mit den AKP-Ländern Entwicklungsmaßnahmen für den Fischereisektor dieser Partnerländer konterkariert. Germanwatch, Budapeststr. 11, 53111 Bonn, ☎ 0228-60792-13

**Kunde Großküche**

26. – 27. April 1999, LVHS St. Gunther in Niederaltich (Niederbayern)

Warum gehört noch keine Großküche oder Gastronomie zu meinen Kunden? Das Seminar zeigt Wege zum Geschäft mit Heimen, Krankenhäusern etc. LVHS St. Gunther, 94557 Niederaltich, ☎ 09901-93520

**6. Marktgespräch**

21. April 1999, Ökohaus Ka Eins, Kasseler Str. 1a, Frankfurt/M.

„Naturkost – Visionen und Formen zukünftiger Vermarktung.“ Supermärkte steigen vermehrt in die Vermarktung von Bio-Produkten ein; das Öko-Prüfzeichen von AGÖL und CMA steht vor dem Markteintritt; der Naturkostfachhandel verzeichnete im Jahr 1998 zwar ein Umsatzplus von 9%, doch fehlt vielen Unternehmen nötiges Kapital. All das ist feststellbar, doch was sind die Konsequenzen?

Anm.: G. Szuskiewicz, Verlag gesund essen, Am Eichwald 24, 64850 Schaaheim, ☎ 06073-7482-60

**Schutz der Ressource Wasser**

22. – 23. April 1999, Offenbach/M., Deutsches Ledermuseum Frankfurter Str. 86

Die Zahl an Überschwemmungen hat in den letzten Jahren alarmierend zugenommen. Demgegenüber steht das bedrohliche Ausmaß der Absenkung des Grundwasserspiegels. Als eine Ursache gilt die Versiegelung von Flächen. Einige Kommunen haben das erkannt und fördern Maßnahmen zur Entsigelung oder Versickerungsförderung.

Umweltinstitut Offenbach Umweltakademie e.V., Nordring 82 B, 63067 Offenbach/M., ☎ 069-810679

**Gaytaler Gespräche**

6. - 8. Mai 1999, Gaytal-Park-Zentrum Körperlich und Viandien

„Die Rolle des Bodens in einer nachhaltigen Regionalentwicklung“ ist in diesem Jahr Thema der grenzüberschreitenden Gaytaler Gespräche. Die Ansprüche an den Boden sind vielfältig, der gesellschaftliche Flächenbedarf steigt. Für die Nutzungskonflikte müssen Lösungen gefunden werden, die die Bodenzerstörung stoppen, ohne eine wirtschaftliche und soziale Weiterentwicklung zu verhindern. Info: TAURUS -Institut an der Univ. Trier, Katja Königstein, Uni-Postkasten DM 20, 54286 Trier, ☎ 0651-201-3125

**Klimaschutz durch Bio-Energie**

18. Mai 1999, Umweltakademie Neumünster

Potentiale und Strategien für den Einsatz von Biomasse als Energieträger. Info: Internat. Verein zur Förderung von Energiepflanzen, Claus Mahrt-Thomsen, 24361 Damendorf, ☎ + Fax: 04353-326

## Internationaler Protesttag der Bauernbewegungen – Aktionsaufruf

### Für eine andere Weltbankpolitik der Bundesregierung

Seit 1997 finanziert die Weltbank ein Pilotprojekt „Marktorientierte Landreform“ in drei Bundesländern Brasiliens. Die brasilianische Landlosenbewegung hat die Weltbank inzwischen aufgefordert, dazu ein „Inspection Panel“ (weltbankinternes Prüfungsverfahren) durchzuführen, denn das Pilotprojekt behindert den Agrarreformprozeß und verbessert nicht die Einkommensverhältnisse auf dem Land. Damit sich die Bundesregierung bei der Weltbank für eine grundlegende Überarbeitung der Agrarreformpolitik einsetzt, führen wir am

Freitag, den 16. April 1999

eine Aktion beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) in Bonn durch. Treffpunkt: **10.30 Uhr, Parkplatz „Bonner Museumsmeile“** (hinter den Museen), S-Bahn-Halt Heussallee.

Kontakt: ABL-AG Internationale Agrarfragen, Benedikt Hüttemann, ☎ u. Fax: 02853-39278



Aktion vor der brasilianischen Botschaft am 14. April 1998, dem internationalen Bauernprotesttag. Foto: Febl

## AbL

## KONTAKTE

### Schleswig-Holstein

**Landesverband:** Ellen Holste, Reit 5, 24848 Alt Bennebek, ☎ 04624/800312

**Bernd Voss,** Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, ☎ 04823/8505, Fax: /75330

**Hinrich Lorenzen,** Winderatt 14, 24966 Sörup, ☎ 04635/2141, Fax: /2114

**Plön:** Matthias Stühnwaldt, ☎ 04326/679

**Flensburg:** Heiner Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

### Niedersachsen

**Landesverband:** 29587 Luttmissen Nr. 2, ☎ + Fax 05822/2368

**Heide-Weser:** Karlheinz Rengsdorf, ☎ 04233/669; Ulrike Helberg-Manke, ☎ 04231/63048

**Eibe-Weser:** Hinrich Burfeind, ☎ 04762/1593; Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118

**Wendland-Ostheide:** Horst Seide, ☎ 05865/1247

**Niedersachsen-Mitte:** Hartmut Hollemann, ☎ 05121/510694

**Südniedersachsen:** Andreas Backfisch, ☎ + Fax 0551/7703743

### Nordrhein-Westfalen

**Landesverband NRW:** Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax 05242/47838

**Herford:** Friedel Gieseler, ☎ 05221/62575

**Minden-Lübbecke:** August Seele, ☎ 05702/9152

**Hellweg:** Ulrike Ostendorf, ☎ 02307/62281, Wilhelm Ecke, ☎ 02378/2991

**Sauerland:** Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557

**Höxter-Warburger Land:** Hubertus Hartmann, ☎ 05273/35447

**Tecklenburger Land:** Martin Steinmann, ☎ 05404/5264

**Gütersloh:** Erika Kattenstroth, ☎ 05241/57069

**Düren:** Monika Lövenich, ☎ 02421/680012

### Hessen

**Mittelhessen:** Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502, Fax: 06441/975995; Ute Rönnebeck, Schützenstr. 24, 35398 Gießen, ☎ 0641/86045

**Nordhessen:** Bernhard Wicke, ☎ 05665/1403; Onno Poppinga, ☎ 05673/3540

### Rheinland-Pfalz

**Landesverband:** Auf'm Kreuzchen 2, 56290 Wohnroth ☎ 06762/951170, Fax: 06762/951191

**Regionalverband Eifel:** Bittburger Str. 2, 54636 Niederweiler

Alfred Hauer, ☎ 06569/7284

**Regionalverband Hunsrück-Nahe:** Karin Auler-Weber, Auf dem Rech 4, 55481 Oberkostenz, ☎ 06763/601, Fax: 06763/558

**Koblenz-Mayen:** Engelbert Jung, ☎ 02607/552

### Baden-Württemberg

**Landesverband:** Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, ☎ 07352/8928

**Nordschwarzwald:** Georg Bohnet, ☎ 07443/3990, Martin Reiter, ☎ 07524/2272; Hedwig Noll, ☎ 07463/729

**Nord-Württemberg:** Brigitte Steinmann, ☎ 07062/61620; Ulrike + Wolfgang Reimer, ☎ 07971/8584

**Göppingen:** Gerhard Übele, ☎ 07166/422

**Oberschwaben:** Albrecht Stiefel, ☎ 0751/91171; Josef Bopp, ☎ 07352/8928

**Schwarzwald-Baar:** Klaus Elble, ☎ 07808/1311

**Ortenaukreis:** Tilo Braun, ☎ 07805/5465

**Bodensee:** Anneliese Schmeh, ☎ 07553/7529

**Allgäu:** Bärbel Endraß, ☎ 07528/7840

### Bayern

**Regionalverband Schwaben:** Josef Böck, Leipheimer Str. 8, 89347 Bubesheim, ☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/6512

**Bayerisches Oberland:** Hans Pischelt-Siederer ☎ 08178/5478;

Franz-Josef Grenzebach, ☎ 08809/603

**Landshut-Vilstal:** Josef Schmidt, ☎ 08742/8039

**Bogen (Bayerischer Wald):** Hermann Ettl, ☎ 09963/1590; Martin Wiethaler, ☎ 09967/9697

**Franken:** Gabriel Deinhardt, ☎ 09194/8480; Jasmin Berger ☎ 09565/6838

**Geschäftsführer:** Georg Janßen, Schillerstr. 11, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758

**Arbeitskreis Frauen:** Ulrike Hasemeier-Reimer, Flurstr. 6, 74405 Gaildorf-Reippersberg, ☎ 07971/8584, Fax 07971/5718

**AgrarBündnis e.V.:** Friedrich von Homeyer, Zur nassen Ecke 2, 49565 Bramsche-Epe

**Neuland e.V.:** Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, ☎ 0228/604960

**Europäische Bauernkoordination EBK-CPE,** Rue Stevin 115, B-1040 Brüssel, ☎ 00322/2300776, Fax 00322/2300348, E-mail: cpe@agoranet.be

**Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf,** Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax: 05242/47838

**Projektbüro Hanf,** Haus Düsse, Daike Lohmeyer, 59505 Bad Sassendorf/Ostinghausen, ☎ 02945/989195, Fax: 02945/989133

**Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren.** Adi Lambke 05864/233, Anneliese Schmeh 07553/7529, Johann Schamann 09861/3945

## Ich werde Mitglied in der **AbL**

### Zutreffendes bitte ankreuzen:

Ich möchte Mitglied in der AbL werden

Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von DM 150,-

Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von DM 200,-

Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von  DM 200,-  DM 250,- oder DM \_\_\_\_\_ zu zahlen.

Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle einen Mitgliedsbeitrag von DM 50,- (Nachweis füge ich bei)

Ich beantrage als nicht landwirtschaftliche Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von DM 100,-

### Mitgliedsadresse:

Name \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_ PLZ, Ort \_\_\_\_\_

### Zahlungswise des Mitgliedsbeitrags:

Nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung (Dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-)

Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme:

ja  nein

Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen)

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu errichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die AbL bzw. Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der AbL widerrufen werden.

Unterschrift \_\_\_\_\_ Datum \_\_\_\_\_ Beruf \_\_\_\_\_

**Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:**

**AbL e.V. Bauernstimme Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück**

### IMPRESSUM

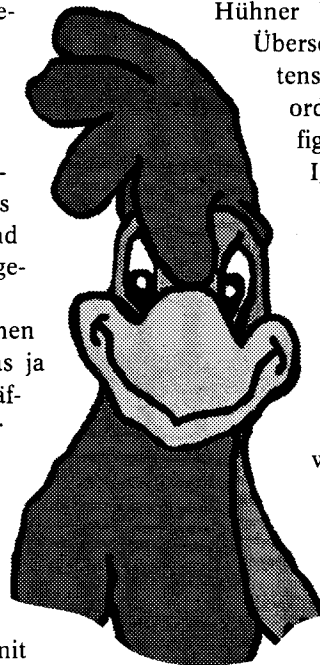
**Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48476, Fax: 05242/47838 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2017838 • **Redaktion:** Ulrich Jasper, Claudia Schievelbein: Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48185, Fax: 05242/47838 (Redaktions- und Anzeigenschluß: jeweils am 15. des Vormonats) • **Abonnementpreis:** DM 60,- jährlich • **Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich) • **Bestellungen, Adreßänderungen, Veranstaltungshinweise und Anzeigenaufträge** bitte direkt an den Verlag • **Verlag:** ABL-Bauernblatt Verlags-GmbH, Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48185 Fax: 05242/47838 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 Satz: StadtBlatt Verlags GmbH, Bielefeld • **Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12858 E.

# Bewegliche Hühner

So muß es auch bei der Mondlandung gewesen sein, Spannung, Livebilder, die Menschen an den Bildschirmen auf der ganzen Welt, dann geht die Klappe von diesem stielfüßigen Landevehikel auf, Neil Armstrong windet sich heraus, tappst langsam die Leiter herunter und sagt seinen legendären Satz vom kleinen Schritt für einen Menschen, der ein großer für die Menschheit ist. Für alle, die das damals verpaßt haben, gibt's jetzt was zum Nachholen. So muß es nämlich unter der Internetadresse [www.bergquell.de](http://www.bergquell.de) zugehen, allerdings nur mit entsprechender Software, über die die Redaktion der Bauernstimme leider nicht verfügt. Aber man kann es sich ja auch vorstellen, Mausgeklicke, Spannung, Livebilder, die Menschen an den Monitoren auf der ganzen Welt, dann geht die Klappe in der Holzverbretterten Wand auf, eine braune oder weiße Hybrid-Henne schiebt erst langsam den Kopf vor, stakst, die Schritte gewählt setzend, die Drahtgeflechtleiter herunter und gackert – allerdings keinen legendären Satz wie: „Dies sind kleine, einfache Schritte für ein Bio-Huhn aber fragen Sie mal meine Kollegin im Käfig, wie wichtig ihr das wäre, die tun zu können.“

Soviel für heute live aus dem Freilandauslauf einer Biohühnerhaltungsanlage in Mahndorf bei Halberstadt. 30.000 Hennen gibt die Bergquell Naturhöfe AG noch bis zum 9. April die Gelegenheit, im Internet entdeckt zu werden, live und in Farbe. Für die Armseligen, die es aus irgendeinem Grund nicht aufs virtuelle Surfbrett schaffen, und die, die für Liveübertragungen gesellige Runden brauchen, sind Monitore in Karstadthäusern in Magdeburg, Essen und Saarbrücken aufgebaut – neben dem Eierregal. Auf den Eiern steht sicherheitshalber noch mal [www.bergquell.de](http://www.bergquell.de), damit auch der Osterhase Bescheid weiß. Für Marketingoffensiven war Bio-Anbieter Bergquell schon zu haben, als Bioladner noch Bärte trugen. Vor vier Jahren schickte der damalige Szenenewcomer eine Handvoll StudentInnen mit Papierischdeckchen und elektrischen Eierkochern in die

Niederungen des Hochsauerlandes, um dort begeisterten KundInnen in unscheinbar verschieften Mittelklasse-Supermärkten hartgekochte Eier zum Probieren anzubieten. „Dieses Ei ist etwas ganz besonderes“, das ließ sich nicht immer so leicht vermitteln wie der Vanille-Schnaps, der zeitgleich am anderen Gangende des „Frühstücksprodukte“-Regals zu verköstigen war. In der Mittagspause kam es dann zum Warenaustausch unter den Produktpräsentatorinnen, worauf hin der Schnaps als noch verdauungsförderlicher und die Hühner als noch glücklicher angepriesen werden konnte. Glückliche Hühner machen Menschen glücklich, besonders um Ostern, was ja nun gerade wieder war. Damit beschäftigt sich ein 35 Mio Bio-Eier im Jahr vermarktender Bergqueller in einer vollständig von außen gesponsorten 100.000 DM-Online-Aktion und auch der rot-grüne Osterempfang. Auf letzterem betonten fast alle Anwesenden, daß der Tierschutz endlich ins Grundgesetz müsse und damit sozusagen auch ihre Solidarität mit dem Federvieh. Bauernverbandspräsident Sonnleitner stellte zwar noch die Frage ob das denn überhaupt nötig sei, wo doch die „Rechtsvorschriften in der Landwirtschaft bis ins Detail für eine artgerechte Haltung von Schweinen, Rindern und Geflügel sorgten“, erteilte aber dem Projekt seinen Segen. Auch Landwirtschaftsminister Funke, „der Mann, der die Hühner befreien will“, wie die Süddeutsche Zeitung im Februar 1996 titelte, sieht die Grundgesetzänderung als ethisch-moralischen Anspruch. Daß er sich dann bei den Verhandlungen um die Änderung der EU-Hennenhaltungsverordnung eher vom wirtschaftli-



chen Anspruch der Hühnerbarone hat leiten lassen und statt die Käfighaltung zu demontieren, auf Schönheitsreparaturen daran setzt, trägt nicht nur die Süddeutsche ihm nach: „Der Mann, der die Hühner befreien will“, ist umgekippt“ (SZ-Überschrift vom 19. 3.99). So kann er wenigstens authentisch am 13. April für die „Verordnung zum Schutz von Hennen bei Käfighaltung“ eintreten, die sein Vorgänger Ignaz Kiechle mehr zum Schutz von Käfighaltern installiert hatte. Sie war zur Aufrechterhaltung des Legebatteriebetriebs nötig geworden, nachdem mehrere Oberlandesgerichte Käfighaltung als strafbare Tierquälerei bewertet hatten. Das Land NRW strengte eine Normenkontrollklage gegen die Verordnung an, diese Klage wird an jenem 13. April ungewöhnlicherweise mündlich vor dem Bundesverfassungsgericht verhandelt. Geht die Verhandlung zugunsten des Klägers aus, muß Funke vielleicht einmal mehr seine phänomenale Positionsflexibilität unter Beweis stellen und die Hühner doch noch befreien. Und die Süddeutsche wird schreiben: „Der Mann, der die Hühner befreien will, ist umgekippt, mußte aber wieder aufstehen“, während der Norddeutsche bereits auf dem Deich steht und Ausschau hält, von wo der Wind als nächstes weht.

Über Wetterlagen läßt sich auch in Zeitungen – z. B. in der Bauernstimme – lesen und da es für Bäuerinnen und Bauern nicht minder existentiell ist darüber Bescheid zu wissen, als für Minister, ist ihr Abo ein muß. Zum Papierhut gefaltet, schützt sie auch schon mal vor kurzen Schauern.

## UNABHÄNGIGE Bauernstimme:

### manchmal mit Körben für Eiertänzer

- Zutreffendes bitte ankreuzen
- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (DM 60,- im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf DM 50,- gesenkt werden.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von DM 30,- bzw. DM 60,- für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 10 DM für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken)

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck (dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-)
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung (dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-) Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, daß ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten

Datum

Beruf

(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Marienfelder Straße 14 oder FAX 05242 -47838